

# Ostland

## Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1,50 M. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.  
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 26.

Berlin, 29. Juni 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 301: Frankreich im Osten. / S. 302: Ordnung muß sein! / S. 303: Volksgemeinschaft. / S. 304: Der deutsch-polnische Warenverkehr. — Nach zwölf Monaten. — S. 305: 25 Jahre Poppoter Waldoper. / S. 306: Deutsche Not in Memel. — Ostland-Woche. / S. 308: Tausend Jahre Gantoch. — Polen will die Pleßischen Unternehmungen enteignen. / S. 309: Die Schweizerkolonie in Ostpreußen. — Grenzmark im Leuchten. / S. 310: Im Walddorf des Alten Fröh. — Ostpreußische Sonderheiten. / S. 311: Bücher.

## Frankreich im Osten.

Wenn man nach der Art, in der Barthou in Bukarest empfangen wurde, urteilen wollte, dann müßte man allerdings zu der Ansicht kommen, daß der französische Außenminister dort alles erreicht hat, was er sich wünschte. Er wurde von Kammer und Senat in feierlicher Sitzung zum „Ehrenbürger Rumäniens“ ernannt, und Ministerpräsident Cătarescu erklärte in einem Interview dem Bericht-erstatte des „Petit Journal“: „Frankreichs Grenzen enden am Dneestr.“ Die rumänische Hauptstadt wird in Zukunft zur Erinnerung an den Besuch eine „Louis-Barthou-Strasse“ aufweisen, und König Karol selbst feierte den temperamentvollen Alten vom Quai d'Orsay als eine Persönlichkeit, die „außerordentlich gut geeignet ist, die Freundschaftsbande zwischen Rumänien und Frankreich wieder zu stärken“. Mit ähnlichen Aufmerksamkeiten und Freundschaftsbeweisen wurde Barthou dann auch bei seinem anschließenden Besuch in der südslawischen Hauptstadt bedacht. Der Unterschied zwischen den Empfängen in Belgrad und Bukarest und dem feierzeitigen Warschauer Empfang Barthous fällt in die Augen. Was hat den Anlaß zu dieser theatralischen Begrüßung des französischen Außenministers gegeben? Hat man es für nötig gehalten, gegenüber der Zusammenkunft Hitlers mit Mussolini in Venedig die in letzter Zeit oft angezweifelte Stabilität des französischen Bündnisystems zu dokumentieren? Hat man geglaubt, den 10. Jahrestag der Kleinen Entente, der mit dem Besuche Barthous in Bukarest zusammenfiel, besonders ausgiebig feiern zu müssen? Hat man die Absicht gehabt, das revisionistische Ungarn im Namen der „Heiligkeit der Verträge“ zur Ordnung zu rufen? Oder ist die Festesfreude etwa nur deshalb so geräuschvoll gewesen, weil die leeren Kassen der südöstlichen Finanzminister ihr als Resonanzboden dienten? Das alles mag mitgespielt haben.

Was wollte Barthou auf der Konferenz der Kleinen Entente und was hat er dort praktisch erreicht? Sein Ziel hat sich in letzter Zeit immer deutlicher herauskristallisiert: Europa soll ein System von Regionalpakten auferlegt werden. Durch einen Ostlorarno-, einen Ostsee- und einen Mittelmeerpakt soll die Unverletzlichkeit der Pariser Vorortdiktate von neuem bestätigt und die — inzwischen durch Rußland unterstützte — Hegemonie Frankreichs erneut festgelegt werden. Vor den Toren der deutschen Freiheit im Osten sollen die aus allen Ländern zwischen Helsingfors und Athen zusammengefaßten Blöcke der großen und kleinen Oststaaten aufgetürmt werden. Und die Kleine Entente ist dazu auferleben, eines der Kernstücke dieser antideutschen Ostblockade zu bilden. Um die Wiederbelebung und die innere Festigung der Entente war es Barthou bei seiner Donaureise zu tun. Es ist ihm anscheinend gelungen, den konkurrierenden Einfluß Polens in der rumänischen Hauptstadt zu schwächen. Er kann es als einen Erfolg buchen, daß Rumänien und die Tschechien sich zur Aufnahme geregelter diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion bereit erklärt haben; und seine schroffe Ablehnung jeder Revisionspolitik hat in den Ländern, die um ihren ungarischen Besitz bangen, sicherlich dazu beigetragen, den schon stark erschütterten Glauben an Frankreich wieder etwas zu heben.

Andererseits aber hat das Auftreten Barthous auch auf der Gegenseite neue Widerstände geweckt. Während man bei Prag und Bukarest wohl annehmen kann, daß das Bekenntnis zu Frankreich, das sie so sichtbar vor der Weltöffentlichkeit abgelegt haben, wirklich ernst gemeint ist, müssen bei Belgrad in dieser Hinsicht

schon einige Zweifel auftauchen: Südslawien scheint die französische Politik nur noch mit vorsichtiger Zurückhaltung mitmachen zu wollen; denn seine Beziehungen zu Deutschland haben sich, wie u. a. das Handelsabkommen beweist, in letzter Zeit nicht unerheblich gebessert, und der alte Gegensatz zu Italien hat sich infolge der veränderten Lage auf dem Balkan wenigstens vorerst etwas gemildert. Überdies mag es Südslawien mit Rücksicht auf die möglichen Auswirkungen der Venediger Führerbesprechung nicht ratsam erscheinen, sich allzu eifrig und einseitig für Frankreich zu engagieren. Was Ungarn anlangt, so hat es sich eben jetzt anlässlich der Bukarester Ententekonferenz erneut und mit besonderem Nachdruck zum Revisionsgedanken bekannt und sich sehr heftig gegen die von geringer Sachkenntnis zeugenden Äußerungen des französischen Außenministers über die südosteuropäischen Grenzprobleme verteidigt. Auch um Österreich ist es wieder lebendig geworden. Einerseits hat die Konferenz der Kleinen Entente in einer ihrer Entschließungen gegen die Habsburgischen Restaurationsspläne des Dr. Dollfuß und seiner bekutteten Ratgeber Einspruch erhoben; und andererseits sind durch die Zusammenkunft Hitler-Mussolini begründete Gerüchte über bevorstehende innerpolitische Änderungen in dieser kirchenstaatlichen Mißgeburt ausgelöst worden.

Zwischen Rom und Paris ist der alte Wettstreit um die Beherrschung Österreichs von neuem entbrannt. Sowohl von Barthou wie von Mussolini hat Dr. Dollfuß Besuchsorder erhalten. Die französischen Hoffnungen, daß es über der österreichischen Frage zum offenen Bruch zwischen Deutschland und Italien kommen werde, dürften sich nach der Zusammenkunft in Venedig wohl als verfehlt herausgestellt haben. Es deutet im Gegenteil mancherlei darauf hin, daß sich im Laufe der Zeit doch noch die von Deutschland stets gewünschte Zusammenarbeit mit Italien in den Südostfragen wird herbeiführen lassen. Der Quirinal ist heute zu einer solchen Zusammenarbeit wohl um so eher bereit, als er einsehen muß, daß seine bisherige Politik, die ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden volksdeutschen Belange erfolgte, ihm auf der einen Seite, in Wien und Budapest, Erfolge von nur recht zweifelhafter Stetigkeit und auf der andern Seite, auf dem Balkan, einen fast völligen Verlust der früheren italienischen Machtpositionen eingebracht hat. Bulgarien, früher eine Domäne der römischen Ostpolitik, ist dem italienischen Einfluß entglitten; es strebt mit Erfolg eine Verständigung mit Südslawien an und scheint seit dem Königsputsch, mehr gezwungen als freiwillig, in das französische Lager hinüberzuleiten zu wollen. Die Türkei hat sich ziemlich brüsk von Italien entfernt und sich politisch und wirtschaftlich mit Paris und Moskau verbündet. Griechenland ist diesem Beispiel gefolgt, und aus Albanien, diesem früher so soliden Sprungbrett seiner Ostpolitik, hat sich Italien vor dem erstarkenden, wehrhaften Nationalismus zurückziehen müssen. Wenn Italien seine Stellung in Wien und Budapest einigermassen behaupten und seine Verluste auf dem Balkan wieder wettmachen will, wird es mit Deutschland zusammengehen müssen, und das bedeutet zunächst und vor allem: Es muß sich damit einverstanden erklären, daß in Österreich eine Regierung geschaffen wird, die vom Willen des Volkes getragen wird und in der Lage ist, die Unabhängigkeit ihres Staates gegen die volksfremden und vergiftenden Machtgelüste der Geld- und Kirchenfürsten zu schützen. Andernfalls wird sich Italien wohl oder übel den französischen Absichten fügen und es

dabei als Gewißheit hinnehmen müssen, daß es über kurz oder lang als ein Glied des französischen Paktsystems ein gut Teil seiner bisherigen Handlungsfreiheit in außenpolitischen Fragen verliert. Aus der amtlichen Mitteilung über das Ergebnis der Venediger Führerbesprechung geht nun hervor, daß Italien sich in der Ablehnung der französischen Idee der Regionalpakete mit Deutschland in voller Übereinstimmung befindet.

Die große Frage ist, welche Stellung Polen den französischen Absichten gegenüber einnehmen wird. Die ganze Schärfe des französischen Druckes gegenwärtig auf diesem Staat. Seitdem Oberst Beck im Brühlschen Palais residiert, ist Polens Politik darauf abgestellt, sich aus der Abhängigkeit von Paris zu befreien und sich, ohne direkt gegen Frankreich Stellung zu nehmen, alle Möglichkeiten einer außenpolitischen Orientierung offenzubehalten. Polen will „auf drei Pferde zugleich setzen“ können: auf Frankreich sowohl wie auf Deutschland und Rußland. Dieses dreifache Spiel ist ihm bisher im wesentlichen gelungen. Aber es war vorauszu sehen, daß Frankreich versuchen würde, der Unsicherheit, die dadurch in seine eigenen politischen Berechnungen kam, möglichst bald ein Ende zu machen. Mit wirtschaftlichen Druckmitteln begann die französische Gegenaktion; es folgte die diplomatische Mobilisierung der Sowjetunion gegen den allzu selbständig gewordenen Bundesgenossen, und auf der Konferenz der Kleinen Entente ging Barthou darauf aus, die Stellung, die Oberst Beck in Bukarest für Polen erobert hatte, zu untergraben. Schließlich traf am 24. Juni in Warschau eine französische Militärmission unter General Debeney ein, um über die schon seinerzeit bei der Polenreise Barthous in Aussicht genommene Neufassung des französisch-polnischen Militärvertrages zu verhandeln.

Die offensichtlich amtlich beeinflussten Kommentare, die die Pariser Presse diesen Besprechungen vorausgeschickt hat, ließen mit aller Deutlichkeit durchblicken, daß Debeney mit dem Auftrag nach Warschau kam, Polen zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen. So ließ sich im „Echo de Paris“ der bekannte Außenpolitiker Vertinax z. B. folgendermaßen vernehmen: „Niemand befreit Polen das Recht, sich ganz nach Laune aufzuführen. Aber die Linie, die es augenblicklich verfolgt, läßt sich mit dem französischen Bündnis nicht länger in Einklang bringen. Aber kurz oder lang werden die Ereignisse Polen zwingen, seine Wahl zu treffen.“ Und im „Oeuvre“ schrieb Frau Cabouis, die Nichte Cambons, u. a.: „Nach den Mitteilungen, die wir aus den verschiedensten Regierungskreisen gesammelt haben, dürfen wir hoffen, daß Warschau endlich einsehen wird, daß sein politisches Spiel mit Deutschland ohne reelle Grundlage nicht länger andauern kann. . . In wenigen Tagen wird die französische Militärmission nach Warschau abreisen, um unseren Militärvertrag von 1921 zu modernisieren. Dabei werden auf beiden Seiten die bestimmtesten Positionen festgelegt werden müssen, und das wird der Prüfstein für unsere Beziehungen zu Polen sein.“ Damit war der Auftrag Debeney's eindeutig umrissen: Die polnische Politik wieder auf die französische Linie festlegen, nicht mit Druckmitteln sparen und, wenn nötig, auch Versprechungen machen, — für die dann natürlich nicht Frankreich einzustehen gedenkt, sondern andere Staaten aufkommen müssen.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Paris unter Umständen keine Bedenken tragen würde, einem reumütig in die französische Abhängigkeit zurückkehrenden Polen die litauische Unabhängigkeit zum Opfer zu bringen. Von diesem Gesichtspunkt aus gewinnt das von einem Nigara Blatt verbreitete Gerücht, daß der französische Gesandte in Rauen die Verbindung zwischen der litauischen Regierung und Oberst Pryktor vermittelt habe, einige Glaubwürdigkeit. Ob es wirklich so gewesen ist, wird sich wohl schwer feststellen lassen. Und mit wem

und über was Oberst Pryktor während seines fünftägigen Aufenthaltes in Litauen verhandelt hat, ist nicht bekannt. Wenn aber ein Mann, der zum engsten Mitarbeiterkreise des Marchalls gehört, an einer offiziellen Feierlichkeit zu Ehren der 1919/21 gefallenen litauischen Soldaten teilnimmt, wenn er dem litauischen Innenminister Oberst Kuszeika einen Besuch abstattet und schließlich auch beim Staatspräsidenten Smetona vorspricht, von dem Außenminister Lorzaitis empfangen wird, wenn er mit der polnischen Volksgruppe in Litauen öffentlich Fühlung aufnimmt und so fort, dann ist das jedenfalls schon erheblich mehr als ein privater Besuch, — zumal Oberst Pryktor seinerzeit zu den Mitarbeitern des Generals Zeligowski gehörte, als dieser 1920/21 den Handstreich auf Wilna durchführte und unter dem Namen „Mittel-litauen“ die Errichtung eines zwischen Warschau und Rauen vermittelnden „autonomen“ Staatsgebildes versuchte. Die Bedeutung des Pryktor-Besuches wird durch verschiedene andere Ereignisse noch unterstrichen: Im Warschauer Institut für die Zusammenarbeit mit dem Ausland fand ein Vortrag des vor kurzem aus Litauen nach Polen übergesiedelten Gelehrten und Politikers Herbarzewski über „Das zeitgenössische Litauen“ statt. Zur selben Zeit trafen zwei litauische Journalisten, die ersten seit 13 Jahren, in Warschau ein und wurden dort vom Vorstand des polnischen Journalistenverbandes herzlich empfangen. In Genf hat der litauische Vertreter bei der Wahl des Vorstandes der Internationalen Arbeitskonferenz zum Erstaunen der Anderen ostentativ für den polnischen Delegierten gestimmt. An der demnächst in Krakau stattfindenden Eisenbahnkonferenz werden zum ersten Mal im Beisein polnischer auch litauische Vertreter teilnehmen. Der polnische Verein der Freunde Litauens hat für den nächsten Monat eine Gruppe litauischer Zeitungsleute zu einem Besuch nach Polen eingeladen. Aus alledem läßt sich entnehmen, daß Polen jetzt erhöhten Wert darauf legt, mit Litauen endlich ins Reine zu kommen. Inwieweit Oberst Pryktor bei den verantwortlichen Stellen in Rauen für seine — der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilten — Pläne und Absichten Entgegenkommen gefunden hat, darüber lassen sich zurzeit nur sehr vage Vermutungen anstellen. Auffällig war es jedenfalls, daß der als autoritärer Führer geltende Staatspräsident Smetona gerade die Tage, in denen der polnische Besuch sich in Rauen aufhielt, dazu benutzte, um irgendwo im Lande bei einer öffentlichen Rundgebung die Unmöglichkeit eines Verzichtes auf Wilna, die „die historische Hauptstadt Litauens“, erneut zu betonen. Es ist nicht klar, welche tatsächlich einsatzwilligen Kräfte in Litauen selbst noch hinter diesen immer wieder hartnäckig wiederholten Erklärungen stehen. Außenpolitisch ist die Stellung Litauens schwach: Das Verhältnis zu Deutschland ist durch die Memelfrage belastet; Rußland hält sich zurück; die litauische Auffassung des Baltentpaktes ist vorerst inaktuell, und Frankreichs Haltung muß man zum mindesten als zweideutig ansehen, da, wie gesagt, die Pariser Diplomatie an der litauischen Selbständigkeit mit Rücksicht auf Polen nur ein bedingtes Interesse besitzt. Die Führung der litauischen Frage liegt in polnischen Händen.

Krise um Dollfuß, italienische Flottendemonstration vor Durazzo, frankreichfeindliche Rundgebungen in Ungarn, wachsende Kritik der Parteien an den Barthouschen Methoden. . . das sind einige der sichtbarsten Folgen der Freundschaftsreise des paketträgigen Außenministers nach dem Südosten. Wird der französische Generalstab erreichen, was der französischen Diplomatie anscheinend versagt bleibt? Von der politischen Seite her hat Barthou die Polen nicht empfangen können; für seine Paktideen können sie sich wenig begeistern. Aber von der militärischen Seite sind sie vielleicht eher zu packen. Die Entscheidung liegt bei Pilsudski, der die militärische Kraft sehr zu schätzen weiß, aber auch eine nicht unbegründete Abneigung gegen die Emisilläre des französischen Generalstabes hat. Dr. Kredel.

## Ordnung muß sein!

Das polnische Regierungsblatt, die „Gazeta Polska“, beschäftigte sich in mehreren Artikeln mit den Konzentrationslagern und den Menschen, die dazu ausersehen sind, sie zu bewohnen. Als Lageraspiranten scheinen einmal Mitglieder der Kommunistischen Partei und der sog. ukrainischen Militärorganisation in Frage zu kommen, und dann die unruhigen Aktivisten der Rechtsopposition. Die Lager sind, der „Gazeta Polska“ nach, in erster Linie als politische Heilanstalten für die Leute gedacht, die mit dem Gedanken umgehen, aus Polen ein faschistisches Staatswesen zu machen. Viele ehrgeizige Politiker, meint das Regierungsblatt, seien „von der Affen-Rkrankheit befallen“, das soll heißen, sie ahnten die politischen Methoden des Auslandes nach; sie sahen „in der Methode der action directe, d. h. „im farbigen Hemd, im Einschlagen von Fensterscheiben, in der Bewaffnung und im Spaziergang zu Bieren“ einen sicheren und untrüglichen Weg zu politischen Siegen. Aber die von dieser Krankheit befallenen Politiker hätten vergessen, „daß die Verhältnisse vor dem Umsturz in Italien und in Deutschland durchaus andere gewesen sind als diejenigen im gegenwärtigen Polen“. Der Faschismus in Italien und der Nationalsozialismus in Deutschland wären berechtigt gewesen und hätten zum Erfolge geführt, weil sie eine gelähmte, verfaulte und zer-

setzte parlamentarische Demokratie vor sich hatten. In Polen aber sei dieses System bereits überunden; die Nach-Mai-Regierungen Polens hätten durchaus keine Ähnlichkeit mit den Regierungen Factas und Brünnings. Die politischen Irrköpfe von diesem wesentlichen Unterschied zwischen der gegenwärtigen Lage in Polen und der Lage im vorfaschistischen Italien und im vernationalsozialistischen Deutschland zu überzeugen, dazu seien die Konzentrationslager da. „Sie sind“, heißt es in der „Gazeta Polska“, „dazu bestimmt Menschen, die an einer politischen Fiktion leiden, in die politische Wirklichkeit zurückzuerleben. Die Wirklichkeit aber ist, daß der Staat über genügend Kräfte verfügt, um alle, die sich politisch betätigen wollen, dazu anzuhalten, daß sie sowohl ihre Ziele wie auch ihre Methoden den Staatsinteressen anpassen.“

Daß die polnische Regierung nicht stark genug wäre, dem Auftreten der oppositionellen Parteigruppen bestimmte Schranken zu weisen, das zu bezweifeln liegt keine Veranlassung vor. Daß sie sich mit radikalen Mitteln gegen politische Gruppen wendet, die sie stürzen und in Polen ein wirkliches oder vermeintliches faschistisches System aufrichten wollen, ist durchaus in der Ordnung. Und daß sie die Ermordung Pierackis mit einem scharfen Kampf gegen die vermutlichen Mörder beantwortet, wird ihr niemand verdenken. Aber die politischen Kreise,

gegen die, nach den Äußerungen des Regierungsblattes, die Einrichtung der Konzentrationslager in der Hauptsache gerichtet ist, sind nicht nur parteipolitische Opposition, sondern auch wirkliche oder vermeintliche Faschisten oder Nationalsozialisten, sondern zugleich auch Antisemiten und als solche mehr als bloße Opposition. Mit Konzentrationslagern lassen sich unruhige Elemente unschädlich machen; damit läßt sich aber die Judenfrage nicht lösen.

Die polnische Regierung geht gegen alle ihr verdächtig erscheinenden Elemente scharf vor. Die Zahl der Verhafteten steigt von Tag zu Tag. Fast die gesamte Führerschaft der Nationalradikalen mit Mosdorf an der Spitze ist festgesetzt worden. Auch aus den Reihen der Nationaldemokraten sind eine ganze Anzahl bekannter einflussreicher Leute von der Polizei herausgeholt worden, unter ihnen auch sämtliche Redakteure des in Thorn erscheinenden endekischen Hauptorgans für Pommerellen, des „Stowo Pomorkie“. Auf der anderen Seite wird die schon seit längerer Zeit im Gange befindliche Aktion gegen die kommunistischen Kreise mit verstärktem Nachdruck weitergeführt. Ein führender Mann des polnischen Regierungslagers hat einmal gesagt: „Zwar sind in Polen nicht alle Juden Kommunisten, aber alle Kommunisten sind Juden.“ Wenn es jetzt also den Kommunisten an den Krügen geht, hat die polnische Judenschaft vielleicht doch einigen Grund, sich getroffen zu fühlen. U. a. wurden einige leitende Mitglieder der linksradikalen Jüdengruppen, des „Bunt“ und des „Poale Zion“, verhaftet; auch mehrere Mitglieder der Schriftleitung der jüdischen „Naje Folkscajtung“ wurden in Polizeigewahrsam gebracht. In Wilna wurden einige Studenten und Studentinnen wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei und Verbreitung illegaler Flugblätter zu Gefängnisstrafen von einem bis fünf Jahren verurteilt. In Lück stehen 49 Kommunisten, meist Ukrainer, vor Gericht.

In einem anderen Artikel, in dem sich die „Gazeta Polska“ gleichfalls mit der Angelegenheit der Konzentrationslager auseinandersetzt, heißt es u. a.: „Ordnung muß feint Konzentrationslager? Jawohl. Weshalb? Deshalb, weil offenbar acht Jahre Arbeit an der Größe Polens, acht Jahre des Weipfels und acht Jahre der Errungenschaften, acht Jahre der Festigung — noch nicht genügt haben für alle. Man bedenke nur: Es ist hier irgendwo unter uns ein Mensch, der gemordet hat. Nach dem, was wir vom Attentat wissen, scheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß er nicht allein war, daß nicht er allein den Mord vorbereitet hatte. Er ist irgendwo unter uns. Er ist an einem Tische, er schläft unter einem Dache, er spricht mit jemandem, er hat

bei jemandem Unterschluß. Und es gibt sichtlich ein Milieu — wir wissen nicht, welches — das ihn verbirgt, das mit ihm solidarisch ist, das ihn schützt. Sonst vermöchte er keinen einzigen Tag durchzuleben, keine einzige Nacht durchzuschlafen, keinen Augenblick sich zu verbergen. Ein kleines oder großes Milieu? Wir wissen es nicht. Aber es existiert. Und das genügt. Das genügt um sich einzugeschieben, daß die bisherigen Methoden sich leider nicht allen gegenüber als wirksam erwiesen haben, daß gewissen Milieus gegenüber, welche die Sanftmut für Schwäche, die Nachsicht für Mangel an Entschiedenheit, die Neigung zum Verzeihen für Schwanken halten, solche Methoden angewandt werden müssen, die für die Geister und Gemüter dieses Typs die einzig verständlichen sind. Wenn es Leute gibt, die für das Regieren in Handschuhen kein Verständnis haben, werden sie Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß wir ohne Handschuhe zu regieren verstehen. Nicht daß wir eine Neigung nach dieser Richtung hätten, nein — wir sind Menschen des Krieges und wissen daher die Ritterlichkeit auf allen Gebieten des Lebens zu schätzen —, sondern deswegen, weil wir immer und überall alles tun werden, was nötig ist, damit alle und für die Mehrheit der Nation wirklich gemeinsamen Ziele, die Ordnung und die auf sie gestützte Kraft der Republik, erreicht werden.“

Gleich nach dem Attentat auf Pieracki wurden in der polnischen Presse scharfe Vorwürfe gegen die Organisation des polnischen Sicherheitsdienstes gerichtet. Es scheint, daß diese Vorwürfe nicht ganz unbegründet gewesen sind. Denn jetzt wurden die drei höchsten Beamten der Sicherheitsbehörden in Warschau ihres Amtes enthoben und zur Disposition gestellt. Es handelt sich um den Chef des Sicherheitswesens im Innenministerium, um den Chef der Sicherheitsabteilung im Warschauer Regierungskommissariat und um den Polizeikommandanten von Warschau. Wie die „Gazeta Polska“ hierzu bemerkt, werden die genannten Beamten auf ihren Posten nicht mehr zurückkehren. Gleichzeitig verlautet, daß noch weitere Entlassungen bevorstehen sollen.

\*

Angeblich hat der ehemalige Rebellenführer Albert Korfanty Polen verlassen, und da eine Ausreise unmittelbar nach der Verkündung der Verordnung über die Konzentrationslager erfolgt ist, vermuten die Blätter, daß Korfanty die Absicht hat, sich für ständig in der Tschechei niederzulassen, wo schon eine Anzahl anderer ehemaliger oppositioneller Parteiführer und Bräster Leidensgenossen Zuflucht vor der strafenden Gerechtigkeit gefunden haben.

## Volksgemeinschaft.

Die deutschen Zeitungen in Posen, Bromberg und Dirschau haben sich in letzter Zeit darum bemüht, ihren Lesern glaubhaft zu machen, daß die Volksgemeinschaft, die im Reiche erst durch den Nationalsozialismus verwirklicht worden ist, beim Deutschtum Westpolens schon seit Jahren bestanden habe und erst jetzt durch das Eindringen „schon fremder Elemente“ zerstört worden sei. Es ist für die Wirkungslosigkeit dieser „Volksgemeinschaft“ jedoch kein gutes Zeichen, daß sie beim ersten Angriff von außen her in verschiedene Parteien und Blöcke zerfiel. In Wirklichkeit ist das, was bisher in Posen und Pommerellen bestanden hat, keine Volksgemeinschaft gewesen. Die Tatsache, daß eine Volksgruppe bei den Parlamentswahlen nur mit einer Partei in den Wahlkampf zieht, wie es bei den Deutschen in Posen und Pommerellen der Fall war, berechtigt noch lange nicht zu der Behauptung, daß diese Partei der Ausdruck einer Volksgemeinschaft sei. Die Gemeinschaft war eine Fiktion. Unter der Decke einer Einheitspartei (wie auch im Rahmen eines einheitlichen Genossenschaftswesens) waren widerstrebende und einander bekämpfende Richtungen durchaus lebendig und wirksam. Zugegeben: Im Parlament, in Senat und gegenüber den polnischen Behörden machte das Deutschtum im allgemeinen den Eindruck einer geschlossenen Einheit; es wurde dort stets von denselben und — soweit sich das feststellen ließ — an einem Strange ziehenden Männern vertreten. Aber diese Einheit war nur eine Hülle, die tatsächlich bestehende Gegensätze auf sozialem und weltanschaulichem Gebiete verbarg. Nicht anders als im Reiche gab es unter den Deutschen in Posen und Pommerellen der Gesinnung nach Deutschnationale, Volksparteiler, Demokraten, Zentriärer und andere parteipolitisch orientierte und gebundene Leute. Nicht anders als dort stand auch in Posen und Pommerellen der liberalistische Geist, der in sich eine Regierung der Volksgemeinschaft bedeutet, durchaus in Blüte. Der organisatorischen Geschlossenheit nach außen fehlte die wahre Gemeinschaft im Innern. Mit Volksgemeinschaft in dem Sinne, wie der Nationalsozialismus sie fordert und schafft, hatte dieses zweckbedingte Zusammengehen wenig zu tun. Wie wäre es sonst, um nur eines zu nennen, z. B. möglich gewesen, daß deutsche Großgrundbesitzer auf ihren Gütern polnische Arbeiter beschäftigen (und das auch heute noch tun), während deutsche Volksgenossen arbeitslos waren, und deutsche Bauernsöhne, weil sie keine Aussicht hatten, auf den deutschen Gütern Brot und Arbeit zu finden, gezwungen waren, außer Landes zu gehen?

Mit dem Auftreten der Jungdeutschen Partei ist nur eine längst schon bestehende innere Zerklüftung auch äußerlich sichtbar geworden. Das ist zu bedauern. Aber es hat doch wohl das Gute, daß die Aufmerksamkeit nun endlich einmal auf das Wesentliche hingelenkt wird; und dieses Wesentliche ist die Einheit der Weltanschauung und der Gleichklang einer opferbereiten sozialen Gemeinschaft. Das läßt sich nicht durch „Einheitsblöcke“ und sonstige organisatorische Kunstgriffe erreichen, sondern setzt eine innere Erneuerung und eine geistige Umstellung voraus. Wer diese nicht mitmachen will, wer die Volksgemeinschaft nur als Interessenvertretung ansieht, taugt da nicht zum Führer. Und man darf sich nicht scheuen, die Einzelmenschen zu opfern und auszuschalten, die nicht fähig oder nicht willens sind, sich von Liberalismus zu lösen. Ihre Preisgabe mag als eine Schwächung der Volksgruppe erscheinen — aber nur im Sinne der in Zahlen rechnenden Demokratie. Es ist vielmehr so, daß solche widerstrebenden Elemente eine Belastung für die Volksgruppe sind. Wie es nicht angeht, daß eine deutsche Volksgruppe im Auslande heute noch, wie es vierzehn Jahre lang geschehen ist, mit den Juden paktiert, wie es unmöglich ist, daß die Deutschen draußen die neue Einstellung des Volkes in der Reichsheimat zur Judenfrage ablehnen, so müssen auch die beseitigt werden, die geistig mit dem Judentum gehen. Es kann nicht zugegeben werden, daß Heimat und Volksgruppen draußen in dieser und in anderen für die deutsche Weiterentwicklung entscheidenden Fragen verschiedene Wege gehen. Es kann nicht gebuddelt werden, daß sich unter einer bloß äußerlich ausgelegten und bloß organisatorisch verstandenen „Volksgemeinschaft“ und unter dem Mißbrauch des Wortes „volksdeutsch“ Tendenzen verbergen, die die Gefahr eines Auseinanderlebens der Deutschen im Reiche und der Deutschen draußen herbeiführen können. Der Nationalsozialismus will einen geistig-weltanschaulichen Umbruch des gesamten Volkes bedeuten, ob dessen Teile nun innerhalb der Reichsgrenzen siedeln oder draußen. Dieser Umbruch, der die Staats-treue der Volksgruppen in keiner Weise beeinträchtigen kann, muß draußen wie drinnen mitgemacht werden, wenn die große Einheit des Deutschtums nicht zerstört werden soll. Wie im Reiche die liberalistischen Elemente niedergedrückt worden sind, so muß es auch draußen geschehen. Dabei kommt es nicht auf einzelne an, sondern auf die Gesamtheit. Das deutsche Volk in der Welt kann nur bestehen, wenn es eine Einheit darstellt, die alle seine Teile über alle staatlichen Grenzen hinweg in gleicher Geisteshaltung und gleicher Weltanschauung miteinander verbindet.

# Der deutsch-polnische Warenverkehr.

Soweit bisher Zahlen vorliegen, läßt sich eine Belebung des deutsch-polnischen Wirtschaftsverkehrs nur in beschränktem Umfange feststellen. Eine rasche Auswirkung des Wirtschaftsprotokolls vom 7. März d. J., durch das der fast achtjährige Zollkrieg beendet würde, war auch von vornherein nicht zu erwarten. Es wird noch eine Reihe von Monaten dauern, ehe sich über die Möglichkeiten eines Aufbaues der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen etwas Brauchbares wird feststellen lassen. Zur Zeit sind die Wirtschaftskreise beider Länder dabei, das Feld zu sondieren. Einer Steigerung des gegenseitigen Warenverkehrs stehen auf beiden Seiten bestimmte Hindernisse entgegen. Polen hat eine Reihe von Maßnahmen getroffen, die der Ausweitung des Warenverkehrs mit Deutschland nicht gerade förderlich sind, so z. B. die Vorzugszölle bei der Einfuhr über Danzig oder Gdingen oder die zwar nicht direkt gegen Deutschland gerichtete, praktisch sich aber gerade bei Deutschland auswirkende Übung des polnischen Handelsministeriums, Einfuhrgenehmigungen und Zollnachlässe für einfuhrverbotene bzw. genehmigungspflichtige Waren nur dann zu erteilen, wenn die Einfuhr über Gdingen oder Danzig erfolgt. Auf der anderen Seite ist Deutschland gezwungen, seine Handelsbilanz mit den Staaten, mit denen sie passiv ist, auszugleichen. Durch die deutsche Devisenbeschränkung wird die polnische Einfuhr nach Deutschland in nächster Zeit u. U. eine nicht unbeträchtliche Verminderung erfahren.

Es ist interessant, die Zahlen des deutsch-polnischen Warenverkehrs vom 1. Quartal d. J. mit den entsprechenden Ziffern des Vorjahres zu vergleichen. Es zeigt sich da, daß der Warenverkehr in der Zwischenzeit eine für Deutschland ungünstige Entwicklung genommen hat. Deutschland hat bis zum vorigen Jahre in der polnischen Einfuhr an erster Stelle gestanden; es ist inzwischen auf den zweiten Platz zurückgedrängt worden. Im 1. Vierteljahr 1933 hat die polnische Einfuhr aus Deutschland 20,4 v. H. der Gesamteinfuhr betragen; im 1. Vierteljahr d. J. ist der deutsche Anteil auf 10,9 v. H. gesunken. In absoluten Zahlen: In den erwähnten Zeitabschnitten ist die Einfuhr deutscher Waren nach Polen von 36,67 auf 21,14 Mill. Zloty zurückgegangen. Dagegen ist die Ausfuhr polnischer Waren nach Deutschland in denselben Zeitabschnitten von 38,08 auf 42,52 Mill. Zloty gestiegen. Also eine Verschlechterung für Deutschland, eine Besserung für Polen. Polen hat im 1. Quartal d. J. wertmäßig doppelt so viel nach Deutschland ausgeführt, als von dort eingeführt. Die polnische Einfuhr aus Deutschland hat sich in fast allen Warengattungen verringert. Ein besonders starker Rückgang ist bei der Einfuhr deutscher chemischer und pharmazeutischer Produkte und Farben zu verzeichnen (von 7,23 auf 2,74 Mill. Zl.); ferner bei Maschinen, Apparaten und elektrotechnischen Geräten (von 6,44 auf 3,69 Mill. Zloty), bei pflanzlichen Produkten (von 2,61 auf 0,61 Mill. Zloty), bei Papier und Papierwaren (von 3,11 auf 2,04 Mill. Zloty), bei Präzisionsapparaten, optischen Instrumenten und anderen feinmechanischen Waren (von 2,00 auf 0,78 Mill. Zl.) sowie bei Häuten, Fellen und Lederwaren (von 2,58 auf 0,38 Mill. Zloty). Zum Teil macht sich in diesem scharfen Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Polen der jüdische Boykott bemerkbar. Das trifft wohl besonders bei der Postion „Häute, Felle und Lederwaren“ zu. Der Leipziger Pelzhandel lag zum großen Teil in jüdischen Händen; viele an diesem Handel beteiligte Firmen gehörten polnischen Juden, die jetzt Deutschland verlassen und versucht haben, in Wilna eine eigene Pelzmesse zu gründen und Leipzig als Vermittler auszusuchen. Viele andere Waren, die früher, auch noch während des Zollkrieges, aus Deutschland bezogen wurden, werden jetzt von gewissen polnischen Importfirmen aus England, Schweden und anderen Ländern bezogen.

Die polnische Ausfuhr nach Deutschland ist im

im 1. Quartal d. J. im Vergleich zu demselben Zeitabschnitt des Vorjahres bei den meisten Warengattungen gestiegen, so z. B. bei Getreide, bei Tieren und tierischen Produkten, bei mineralischen Erzeugnissen, bei Holz, Metallen und Metallwaren, bei Maschinen, Apparaten usw., im ganzen um etwa 2,5 Mill. Zloty.

Bei den oben angeführten Zahlen handelt es sich um die Angaben der polnischen Außenhandelsstatistik. Es ist dabei zu beachten, daß die Zahlen der polnischen Außenhandelsstatistik mit denen der deutschen nicht übereinstimmen. Dies liegt zum Teil schon an der Art der Wertberechnung, hauptsächlich aber daran, daß die polnische Statistik alle nach Deutschland gesandten Waren, auch wenn sie nicht im Lande bleiben, in die Ausfuhr nach Deutschland aufnimmt, während die deutsche Statistik, die durch den deutschen Zwischenhandel wieder ausgeführten Waren nicht als „Einfuhr“ behandelt. Nach der deutschen Außenhandelsstatistik wird sich ein für Deutschland weniger ungünstiges Bild des Warenverkehrs mit Polen ergeben. Da Deutschland auf einen Ausgleich seiner Handelsbilanz mit Polen achten muß und Polen noch immer wenig Neigung verrät, mehr deutsche Waren aufzunehmen, ist mit einer Schrumpfung des deutsch-polnischen Warenverkehrs zu rechnen.

Im ersten Vierteljahr 1934 entfiel von der polnischen Ausfuhr nach Deutschland etwa die Hälfte auf land- und forstwirtschaftliche Produkte. Von den 42,5 Millionen Zloty kamen 11,7 Mill. Zloty auf pflanzliche Erzeugnisse und 9,6 Mill. Zloty auf Holz und Holzwaren. Bei den Verhandlungen der deutschen und polnischen Land- und Forstwirtschaftsvertreter, die kürzlich zu einem vorläufigen Übereinkommen geführt haben, hat die Frage der polnischen Holzexporte nach Deutschland eine erhebliche Rolle gespielt. Holz ist nach wie vor eines der Hauptausfuhrgegenstände Polens. Dieses ist daher auch um die Erhaltung und Erweiterung seiner Absatzmärkte für dieses wichtige Exportgut besonders besorgt.

Bis zum Jahre 1930 war Deutschland — trotz des Zollkrieges — das Hauptabsatzgebiet für polnisches Holz. Da in diesem Jahre die bis dahin stets erneuerten provisorischen Abmachungen mit Deutschland über die Holzexporte nicht wieder erneuert wurden, suchten die polnischen Holzexporteure andere Abnehmer, die sie in England und in anderen Staaten und selbst in Übersee fanden. Die Ausdehnung des Zollkrieges aufs Holz hatte für Polen dieselben zum Teil günstigen Folgen, wie seinerzeit der Streik der englischen Kohlenarbeiter. Wurden damals der polnischen Kohle neue Absatzmärkte erschlossen, so fand jetzt auch das polnische Holz neue Absatzgebiete, wobei es sich zugunsten Polens auswirkte, daß die neuen Absatzländer hauptsächlich Schnittmaterial abnehmen, während Deutschland besonders Rohmaterial gekauft hatte. Immerhin machte sich die von Deutschland geübte Einfuhrbeschränkung, die nicht zuletzt auch mit der bis zum Jahre 1933 fortschreitenden Verschlechterung der Wirtschaftslage zusammenhängt, doch recht unangenehm für Polen bemerkbar. Die Gesamtholzexporte Polens gingen von 348,2 Mill. Zloty i. J. 1930 auf 119,8 Mill. Zloty i. J. 1932 zurück. Die Schnittholzexporte betrug i. J. 1930 1 029 000 Tonnen; davon gingen 45 v. H. nach Deutschland. Im Jahre 1932 war die Schnittholzexporte auf 488 000 Tonnen und der Anteil Deutschlands auf 1,2 v. H. gesunken. Seitdem sich Polens Verhältnis zu Deutschland gebessert hat, ist auch dessen Anteil an der polnischen Holzexporte wieder im Steigen. Aber die Aussichten Polens auf eine weitere Zunahme sind nicht besonders günstig. Durch Deutschlands Devisenlage und die Passivität der deutschen Handelsbilanz mit Polen wurden einer vermehrten Einfuhr von Holz wie auch anderer Waren aus Polen enge Grenzen gezogen, wenn Warschau für den Absatz deutscher Erzeugnisse in Polen nicht entsprechende Zugeständnisse macht.

## Nach 12 Monaten.

Am 20. Juni 1933 übernahm der Nationalsozialismus die Regierung der Freien Stadt Danzig. Am Jahrestage der Machtübernahme konnte Senatspräsident Dr. Kaufmann mit Recht feststellen: „Nie sei im Danziger Senat so gearbeitet worden, wie in diesem ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft. Für die nationalsozialistische Außenpolitik Danzigs hat in diesem Jahre die Parole gegolten: „Gutes Verhältnis zu Polen.“ In der Innenpolitik galt die Forderung: „Einigkeit, Sicherheit, Ordnung.“ Die Wirtschaftspolitik war von den Worten diktiert: „Arbeit und Brot“, und die Kulturpolitik folgte dem Motto: „Danzig bleibt deutsch.“

Aus Anlaß des Jahrestages der Machtübernahme hat der Senat ein Glückwunschschreiben des polnischen Ministerpräsidenten erhalten. Der Präsident des Hafenausschusses hat an den „Danziger Vorposten“ nachfolgendes Glückwunschschreiben gerichtet: „Am dächtnistage der Regierungsübernahme durch die Nationalsozialistische Partei freut es mich feststellen zu können, daß das vergangene Jahr der friedlichen Entwicklung im Hafenausschuß besonders förderlich gewesen ist. Ich kann daher nur wünschen, daß dieses Wirken im Dienste des Friedens auch fernerhin der Wirtschaft Danzigs und damit auch der Institution, der ich die Ehre habe vorzustehen, zum Nutzen gereiche.“

Der Völkerbundskommissar Sean Lester hat dieses Tages mit folgenden Worten gedacht: „Ich bin sehr glücklich, daß sich die guten Beziehungen zwischen Polen und Danzig, die ich bei meiner Ankunft im Januar vorfand, sich auch weiter entwickelt haben, und ich bin sicher, daß der Weg direkter Verhandlungen die Beseitigung aller unregelmäßigen Schwierigkeiten bringen und zu wirklichen und bleibenden Erfolgen für alle Beteiligten führen wird.“

Auch der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Papée, befindet sich unter den Gratulanten; er schreibt: „Ich hoffe bestimmt, daß die im ersten Jahr der nationalsozialistischen Regierung eingetretene Wendung in den Beziehungen zwischen Danzig und Polen im zweiten Jahre eine weitere und volle Bestätigung finden wird.“

Danzig, früher eine „Pulverkammer Europas“ ist unter nationalsozialistischer Führung zu einem Schrittmacher und Garanten des europäischen Friedens geworden. Danzig wurde im Geiste des Nationalsozialismus zum Befestiger und Wegbereiter einer neuen, das Zusammenleben verschiedener Völker im gemeinsamen Raum erstrebenden und sichernden geistigen Haltung. „Wir sind uns“, so führte Dr. Kaufmann in seiner Rede am Jahrestag der Machtübernahme u. a. aus, „dessen bewusst, daß mit dem Nationalsozialismus wie mit

ähnlich gearteten Versuchen einer nationalen Disziplinierung und Formgebung anderer Nationen eine Anstrengung des abendländischen Geistes lebendig geworden ist, eine Gemeinschaftsordnung zu schaffen, die den wertvollsten Besitz des Abendlandes, nämlich seine scharf ausgeprägten Völkerindividualitäten, nicht nur schonen will, sondern geradezu zu den tragenden Säulen eines neuen Gemeinschaftsaufbaues zu machen bestrebt ist. Die neue Form und Sinngabe des Nationalsozialismus, die gerade für die jungen osteuropäischen Völker von besonderer Bedeutung in der Reifung ihrer Aufgabe sein kann, betont die Nation als einen letzten und absoluten Wert der menschlichen Kultur. Es ist bedeutungsvoll, daß diese Ideen erstmalig am sinnfälligsten für das national so verzehrte Gebiet des Nahen Ostens reifen, und ich darf für uns in Anspruch nehmen, daß wir sie hier bei uns am sinnfälligsten praktisch erfassen und damit wesentlich zur Lösung schwieriger politischer Probleme beigetragen haben.“

\*

Wenn die Annäherung zwischen Danzig und Polen, die die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt will und bereibt, noch nicht zu dem erwünschten Erfolge geführt hat, so liegt die Schuld wesentlich daran, daß auf polnischer Seite wohl von Annäherung gesprochen, aber Unterwerfung gemeint wird. Eine Einigung auf wirtschaftlichem Gebiete wurde noch nicht erzielt. Die Behinderung der Einfuhr Danziger Erzeugnisse nach Polen dauert noch an. Nur eine teilweise und beschränkte Zulassung Danziger Produkte ist von Polen bisher zugestanden worden. Dabei wird der Fortgang der Verhandlungen von Polen her immer wieder durch die Anmeldung neuer Forderungen erschwert und der innere Aufbau Danzigs durch unbegründete Einwände behindert. Das ist vor allem auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Marktregulierung in Danzig der Fall; und neuerdings hat die „Gazeta Polska“ auch gegen die neu gegründete nationalsozialistische Landes-Kulturkammer ihre „Bedenken“ geäußert.

\*

In der Regelung der Beziehungen zu Polen wurde kürzlich ein neues Übereinkommen erzielt. Durch eine Danzig-polnische Vereinbarung wurde die Frage der Danziger Hafenspolizei, die schon mehrfach zu ernstlichen Konflikten Anlaß gegeben hatte, für die Dauer von drei Jahren geregelt. Die Abgrenzung der Kompetenzen der Danziger Behörden und derjenigen des Danziger Hafenausschusses ist in dieser Vereinbarung in folgender Weise erfolgt: Der Hafenausschuss wird den Inhalt der Vorschriften, die die Sicherheit und Ordnung des Verkehrs im Hafen und auf den Wasserwegen betreffen, festlegen, wogegen die Danziger Behörden diese Vorschriften, sofern sie mit der Danziger Verfassung und den Gesetzen nicht im Widerspruch stehen, durch Veröffentlichung mit Gesetzeskraft versehen. Der Vollzug dieser Verordnungen wird in der Hand einer paritätisch zusammengesetzten, 24 Mann starken Hafen- und Stromwache liegen. Die Bediensteten der Hafen- und Stromwache werden dem Potsenkommandeur unterstellt sein. Sie erhalten ihre Eigenschaft als polizeiliche Vollzugsbeamte durch die Bestellung zu Danziger Hilfspolizeibeamten. Die polizeiliche

Strafgewalt wird bei den Danziger Behörden liegen. Die Ausbildung der neuen, in die Hafen- und Stromwache eintretenden Bediensteten wird durch den Danziger Polizeipräsidenten und den Potsenkommandeur gemeinsam in besonderen Lehrgängen erfolgen.

\*

Die Hindernisse und Schwierigkeiten, die von polnischer Seite gemacht werden oder aus der Verwicklung der Freien Stadt mit dem Völkerbunde erwachsen, haben die nationalsozialistische Regierung nicht oon dem als richtig erkannten Wege abbringen können. Auf wirtschaftlichem Gebiete ist der Senat eben jetzt einen entscheidenden Schritt oorwärts gegangen. Am 1. Juli tritt eine Verfügung in Kraft, durch die die Arbeitsdienstpflicht im Gebiete der Freien Stadt eingeführt wird. Jeder arbeitsfähige Danziger Staatsbürger oom vollendeten 17. bis zum 25. Lebensjahre ist zur Ableistung eines Arbeitsdienstjahres verpflichtet. Der Nationalsozialismus hat sich damit in Danzig ein alle Volksschichten erfassendes, sozial und erzieherisch gleich wirksames Instrument geschaffen. Die Regierung wird instand gesetzt, ihre umfassenden Kultioierungs-, Bau- und anderen Arbeitsmaßnahmen durchzuführen, die durch die freie Wirtschaft nicht geleistet werden können.

Die Einberufung zum Arbeitsdienst soll regelmäßig am 1. November eines jeden Jahres und in der Regel beim 20. Lebensjahre erfolgen. Neben der pflichtmäßigen Ableistung ist auch der freiwillige Eintritt innerhalb der Altersgrenzen oom 17. bis 20. Lebensjahre möglich. Die Danziger Arbeitsgauleitung hofft, bereits am 1. August die ersten Volksgenossen zum pflichtmäßigen Arbeitsdienst einberufen zu können. Ein entsprechender Stamm an Führern, Unterführern und Arbeitsmännern ist vorhanden. Am 1. August sollen zunächst 500 Arbeitspflichtige einberufen werden. Man glaubt, daß weitere 500 am 1. April nächsten Jahres folgen können. Der gesamte dienstpflichtige Bestand soll auf etwa 1000 Mann gehalten werden. Die Mannschaften des Arbeitsdienstes erhalten voraussichtlich außer Unterkunft, Verpflegung und Bekleidung, wie im Reich, eine kleine Tageslöhnung (25 Pf.) zur Bestreitung sonstiger Bedürfnisse. Der seit dem 6. November 1933 in Danzig bestehende Freiwillige Arbeits-Fraendienst bleibt, unabhängig hiervon, eine freiwillige Organisation. Eine Ausdehnung des staatlichen Arbeitsdienstes auf den weiblichen Arbeitsdienst ist zunächst nicht geplant. Nach beendetem Arbeitsjahre erhält der Arbeitsdienstpflichtige einen Arbeitspaß angesetzt, der ihm Leistung, Führung und Eignung bescheinigt. Die Behörden werden angewiesen sein, diese Paßinhaber bei Bedarf an Arbeitskräften und Einstellungen zu bevorzugen. Da schätzungsweise jeder Jahrgang mehrere tausend Arbeitspflichtige bringen wird, aber nur ein Bestand oon tausend Arbeitspflichtigen aufgestellt bleibt, wird außer den durch wirtschaftliche, gesundheitliche oder sonstige Verhältnisse notwendigen Freistellungen oom Arbeitsdienst ooraussichtlich nur ein Teil der Arbeitsdienstpflichtigen zur Einberufung kommen können. Diejenigen, die der Arbeitsdienstpflicht nicht genügen können (z. B. Schüler bis zur Reifeprüfung usw.) erhalten eine Bescheinigung hierüber, in der der Grund der Freistellung vermerkt sein wird. Ihnen soll aus ihrer Nichtberücksichtigung oder Befreiung kein Nachteil erwachsen. Flucht aus oder vor dem Arbeitsdienst ist strafwürdig.

## 25 Jahre Zoppoter Waldoper.

Der Ruf der Richard-Wagner-Festspiele auf der schön gelegenen Naturbühne des bekannten Weltbades an der Danziger Bucht ist mit den Jahren in alle Teile des Deutschen Reiches gedrungen. Der wachsende Erfolg ist ein Beweis dafür, daß große künstlerische Veranstaltungen sich aufwärts entwickeln und durchsetzen, wenn sich volle Hingabe für ein hohes Ziel mit großer Opferbereitschaft und hohem Idealismus vereint.

Das Naturtheater war bei Beginn des Jahrhunderts eine Entdeckung künstlerischen Neulandes. Die Sehnsucht zu tiefem Verbundensein mit der Natur machte sich auch hier geltend. Von Operetten und volkstümlichen Opern ist die Entwicklung zur Aufführung großer Opern im Walde fortgeschritten. Selbst Gegner, die anfänglich künstlerische Zweifel an der Durchführung äußerten, haben sich mit der Waldoper großen Stiles nicht nur oeröhnt, sondern sie wurden durch eigenes starkes Erleben zu aufrichtigen Bekennern. Worte können schwer den geheimnisvollen Stimmungszauber, den tiefen mystischen Zusammenklang oon Natur und Kunst, die wunderbare Wandlung von Abend zur Nacht wiedergeben. Die Zoppoter Waldoper ist durch wachsende Anerkennung und Teilnahme eine Wallfahrtsstätte geworden.

In den letzten Jahren folgten erste Sänger und Dirigenten dem Ruf zur Mitwirkung an der Waldoper. Ein treuer Freund der Festspiele war der im vergangenen Jahr verstorbene Generalmusikdirektor Professor Dr. Max v. Schillings, der sich in Wort und Tat für die Waldoper oiefach freudig einsetzte. Neben Schillings sind eine Reihe der ersten Dirigenten Deutschlands in Zoppot tätig gewesen: Generalmusikdirektor Earl Elmendorff, Prof. Robert Heger, Generalmusikdirektor Erich Kleiber, Generalmusikdirektor Hans Knappertsbusch, Prof. Hans Pfitzner und Staatskapellmeister Carl Tutein. Der bewährte Intendant Hermann Merz und seine Frau Etta Merz haben seit vielen Jahren die künstlerische Gesamtleitung. Sie fühlen die Mission in sich, das große Werk immer weiter auszugestalten, um dafür Zeugnis abzulegen, daß deutscher Geist und deutsche Kunst unvergänglich sind.

In diesem Jahr finden Ende Juli und Anfang August die Aufführungen der „Meisterjinger“ und „Walküre“ statt. Als Dirigenten sind Prof. Robert Heger und Staatskapellmeister Carl Tutein verpflichtet. Der letztere war schon seit vielen Jahren mit der musikalischen Leitung verschiedener Aufführungen betraut, so daß sein Name mit der Zoppoter Waldoper aufs engste verknüpft ist. Auch im Jubiläumsjahr finden wir wieder die besten Wagner-Sänger auf der Waldbühne vereint. Viele dem Olfen durch häufige Mitwirkung vertraute Namen sind darunter. Unter den Gästen befinden sich: Margarete Arndt-Ober, Felix Fleischer, Viktor Hospach, Karl Jöken, Göta Jungberg, Rosalind von Schirach, Adolf Schöpflin, Hermann Wiedemann, Fritz Wolff.

Die nationale Erneuerung unseres Volkes weist nach dem Osten als Schicksalsland. Die Zoppoter Waldoper ist eine Quelle zur seelischen Stärkung, die hoher deutscher Kultur dient. Der Intendant Hermann Merz hat kürzlich den Waldopergedanken und seine Auffassung in folgenden Worten zusammengefaßt: „... So ist der Zoppoter Festspielgedanke eine Verneigung vor dem Geiste unseres größten Operngestalters und Reformators Richard Wagner. Er hat aber auch einen nationalen Inhalt und eine Mission. Des Künstlers Aufgabe ist es, das Volk, aus dessen Stamm er hervorging, zu einer höheren Menschlichkeit emporzuführen. Er muß durch die Waffen des Geistes und der Liebe helfen, die unerbittliche Wirklichkeit zu überwinden und das persönliche Leben des einzelnen wie auch das der Allgemeinheit schöner, klarer und gerechter zu gestalten. Die Kunst soll heilen, erheben, erziehen, tragen und erwecken. In der Kunst wie in der Religion alpfelt der höchste Wunsch, an etwas Reines und Großes seine Seele, seine ganze Persönlichkeit zu verschwenden. Diese Sehnsucht den kommenden Geschlechtern zu erhalten, sei auch die vornehmste Aufgabe der Zoppoter Waldoper.“ Möchte der Ruf zum Besuch der Zoppoter Waldoper im Reich immer stärkeren Widerhall finden!

Carl Lange.

# Deutsche Not in Memel.

Der Kampf gegen die Selbstverwaltung und das Deutschtum des Memelgebietes wird von litauischer Seite mit der Begründung geführt, daß unter reichsdeutscher Führung im Memelgebiet deutsche Gruppen dabei seien, „eine gewaltsame Versteigerung des Landes vom litauischen Staate vorzubereiten.“ Mit dieser Begründung wurden die beiden nationalsozialistischen Parteien des Memelgebietes verboten und über 100 Deutsche, die politisch hervorgetreten waren, verhaftet. Aber die litauischen Behörden haben inzwischen einsehen müssen, daß sich ein Verschnüden der deutschen politischen Führer nicht nachweisen läßt. Denn wäre es anders, dann hätten sie es nicht nötig, den Prozeß gegen die Verhafteten monatelang zu verschleppen. Sie versuchen nun schon seit Wochen, sich das fehlende Belastungsmaterial noch nachträglich zu beschaffen. In letzter Zeit wurden in sämtlichen Schulen und Büchereien des Memelgebietes, sowie in zahlreichen Privatbetrieben Hausdurchsuchungen von der litauischen politischen Polizei vorgenommen. Dabei wurden viele Bilder des Reichspräsidenten, Adolf Hitlers, Görings, Goebbels und anderer nationalsozialistischer Führer beschlagnahmt. Diese Bilder gelten in Litauen als staatsgefährlich; ihre Besitzer stehen im Verdacht staatsfeindlicher Gesinnung. Selbst Bilder der Königin Luise, Bismarcks und Schillers wurden, weil sie die Unabhängigkeit Litauens gefährden, von der Polizei konfisziert. Ebenso wurden zahlreiche Schul- und andere Bücher beschlagnahmt, obwohl sie vorher ordnungsgemäß von der litauischen Einfuhrzensur geprüft worden waren. Neben Romanen aus früherer Zeit, wie z. B. aus dem 30jährigen Kriege, haben dabei Bücher, wie Hermann Löns: „Mein braunes Buch“, den besonderen Argwohn der litauischen Behörden erregt. Löns ist 1914 gefallen; seine Bücher besingen die Schönheit der Heide. Aber wenn man ein „braunes“ Buch schreibt, gefährdet man doch Litauen, nicht wahr?

Eine besondere Rolle spielen zum Nachweis der staatsfeindlichen Erziehung der Schuljugend in den memelländischen Schulen einige Kinderzeichnungen. Insbesondere solche von Schiffen, die die deutschen Flaggen aufweisen. Diese Kinderzeichnungen wurden von einigen Klassen nach Besichtigung des Hafens nach dem Gedächtnis angefertigt, und da im Memeler Hafen die deutschen Schiffe überwiegen, ist es selbstverständlich, daß ein großer Teil der Kinder ihre primitiven Zeichnungen mit den deutschen Flaggen versehen. Wie solch „staatsfeindliches Material“ zustande kommt, zeigt folgender Vorfall: Einer Klasse war nach einem Hafenspaziergang aufgegeben worden, die dort beobachteten Töbner fremder Länder auf ein gemeinsames Blatt zu zeichnen. Aus diesen Blättern schnitt die litauische politische Polizei die deutsche Fahne aus und ließ sie in litauischen Zeitungen als „Beweis

für die Erziehung der Kinder zu Haß und Hochverrat“ veröffentlichen. Der Zweck dieser polizeilichen Kinderereien? Dem Memeldirektorium soll „nachgewiesen“ werden, daß es in den Schulen staatsfeindliche Umtriebe duldet, daß es deshalb im Interesse der staatlichen Sicherheit Litauens notwendig sei, ihm die Schulaufsicht zu entziehen und diese einem litauischen Kommissar zu übertragen. Ein solcher Kommissar würde dann wohl sehr bald für die Ausrottung der deutschen Sprache in den Schulen sorgen.

Ein anderes Hauptarbeitsgebiet der litauischen politischen Polizei ist die Suche nach verbotenen Waffen im Memelgebiet. Litauischerseits ist die Behauptung ausgefressen worden, man habe „riesige geheime Waffenlager“ entdeckt. Wie steht es aber damit? Tatsächlich handelt es sich bei diesen Waffen um einige Erinnerungstücke, nämlich Vorderlader, Studentenrapiere und Degen aus der preußischen Militärdienstzeit, ferner um Jagdwaffen und einige Pistolen, deren Inhaber fast ausnahmslos im Besitz rechtsgültiger Jagd- und Waffenscheine waren. Da die Waffenscheine aber von den memelländischen Behörden nur mit jeweiliger Genehmigung des litauischen Kriegskommandanten ausgegeben werden, handelt es sich hier nicht um illegalen, sondern um vollkommen legalen, in den Büchern der Kriegskommandantur registrierten Waffenbesitz.

Bei den fortgesetzten Vernehmungen, denen die litauische Polizei die zahlreichen Verhafteten unterzieht, wird mit den übelsten Methoden versucht, Geständnisse zu erpressen. Insbesondere wird den Memelbeamten mit schweren Strafen gedroht, wenn sie sich weigern, das Memeldirektorium, also ihre vorgesetzte Behörde, durch ihre Aussagen zu belasten. Es sind eine Anzahl Fälle bekanntgeworden, in denen verhaftete Memelländer von der litauischen Polizei aufschmerzte mißhandelt worden sind, weil sie sich weigerten, die geforderten Aussagen zu machen. Ein Reichsdeutscher, namens Rimkus ist auf Grund dieser Mißhandlungen im Gefängnis Bajohren irrsinnig geworden und hat durch sein Geschrei wochenlang das ganze Gefängnis in Aufregung gebracht. Der amtlichen deutschen Vertretung in Memel ist es nur mit der größten Mühe gelungen, von den litauischen Behörden die Genehmigung zum Besuch des Rimkus, der inzwischen nach Rauen übergeführt worden ist, zu erreichen. Ein anderer Fall hat sich kürzlich im Kreise Pogegen ereignet, wo zwei Memelländer in dem im ersten Stock befindlichen Polizeilokal derart gefoltert wurden, daß man ihr Geschrei auf der Straße hörte. Der eine dieser Mißhandelten sprang in seiner Verzweiflung zum Fenster hinaus, konnte sich in einem nahegelegenen Kornfeld verbergen und trotz Verfolgung durch herbeigerufene litauische Husaren über die Grenze nach Deutschland entkommen, wo er in einem Krankenhaus untergebracht werden mußte.

## Ostland-Woche.

### Aus der Diplomatie des Ostens.

Der bisherige deutsche Botschafter in Moskau, Radolny, wurde in den einseitigen Ruhestand versetzt. An seine Stelle wird Friedrich Werner Graf von der Schulenburg treten. Dieser wurde 1875 in Ramberg (Prov. Sachsen) geboren. Er gehört seit 1901 dem Auswärtigen Dienst an, war 1903—1906 in Barcelona, Pemberg, Prag und Neapel tätig und wurde 1907 zum Vizekonsul in Warschau ernannt, 1911 zum Konsul in Tiflis. Von 1915 bis 1917 war er Verweser der Konsulate in Erzerum, Beirut und Damaskus, gehörte dann der Transkaukasischen Delegation an, wurde 1919 in das Auswärtige Amt berufen. 1921 zum Vortragenden Legationsrat ernannt und ging 1923 als Gesandter nach Teheran. Im Juli 1931 wurde er als Gesandter nach Bukarest versetzt. Von diesem Posten kommt er jetzt nach Moskau.

Der frühere litauische Außenminister Jaunius, der für den Washingtoner Gesandtenposten ausersuchen war, ist aus dem diplomatischen Dienst ausgeschieden. Er soll — wie es jetzt heißt — die neuerrichtete Stelle als ständiger Berater des Ministerkabinetts für Finanz- und Wirtschaftsfragen erhalten. Durch diese Stelle sollen in Zukunft u. a. auch alle Wirtschafts- und Zollvertragsverhandlungen mit dem Ausland geführt werden.

Der bisherige polnische Botschafter in London, Graf Skirmunt, ist zurückgetreten. An seiner Stelle soll der Vizeminister im Finanzministerium, Oberst Roe, nach London gehen. Roe ist in letzter Zeit als polnischer Vertreter bei den Anleiheverhandlungen mit England hervorgetreten. Seine Ernennung zum Botschafter in London würde die Veruche Polens, mit England in enge finanzielle Fühlung zu kommen und dort Ersatz für das weniger zugängliche Frankreich zu finden, bestätigen.

Die polnische Presse verbreitet die Nachricht, daß die beiderseitigen diplomatischen Vertretungen Deutschlands und Polens demnächst zu Botschaften erhoben werden sollen. Und zwar soll Dr. Goebbels unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Warschau hierzu die Anregung gegeben haben. Polnischerseits war schon mehrfach in diesem Sinne vorgefüßt worden. vor allem, als J. J. die Rangerhöhung der polnischen und russischen Gesandten erfolgte.

Der bisherige schwedische Gesandte in Ankara, Bohman, ist zum Gesandten in Warschau ernannt worden. Der polnische Gesandte in Stockholm, Rozadowski, ist

von seinem Posten abberufen worden und übernimmt am 1. Juli einen Posten im Außenministerium in Warschau. Sein Nachfolger in Stockholm wird der Wirtschaftsrat im Außenministerium, Anton Roman. Die schwedische Regierung hat bereits das Agreement erteilt. Roman war früher Vizekonsul beim polnischen Generalkonsulat in New York, dann Sachbearbeiter für Auswanderungsfragen beim diplomatischen Vertreter Polens in Danzig und seit 1927 Abteilungsleiter im Außenministerium in Warschau.

### Abbruch der polnisch-tschechischen Pressebeziehungen.

In der tschechischen Presse waren zu der Ermordung Pierackis Artikel erschienen, die in Polen berechtigte Empörung ausgelöst hatten. Dieser Zwischenfall ist nicht ohne Rückwirkung auf die polnisch-tschechischen Beziehungen geblieben. Die polnischen Vertreter haben das seit einigen Jahren bestehende Komitee für polnisch-tschechische Presseverständigung verlassen. Begründet wird dieser Beschluß damit, daß der von der tschechischen Presseagentur „Centropress“ veröffentlichte Artikel zum Tode Pierackis, der von der Prager Zeitung „Pravo Lidu“ abgedruckt wurde, das Andenken des Verstorbenen in unverantwortlichster Weise beleidige. Da die Leiter des „Centropress“ und des „Pravo Lidu“, die die Verantwortung für diesen Artikel tragen, auch Mitglieder des Komitees sind, sehen die polnischen Journalisten keine Möglichkeit mehr zu einer Zusammenarbeit mit diesem Komitee in seiner jetzigen Zusammensetzung.

### Auflösung des Vereins „France-Pologne“ in Paris.

Die polnische Botschaft in Paris hat die weitere finanzielle Unterstützung des Vereins „France-Pologne“, deren Vorsitzender der ehemalige französische Botschafter Rouleus war, verweigert. Die von diesem Verein herausgegebene Zeitschrift „La Pologne“ hat bereits angekündigt, daß sie vom Juli ab nicht mehr erscheint. Die Entziehung der Beihilfen für diesen Verein wird mit „Spaßmaßnahmen“ begründet. Der nationaldemokratische „Kurjer Polanski“ sieht aber in der Auflösung dieses Vereins, der durch ein „Comité d'Etudes“ ersetzt werden soll, ein Anzeichen der Lockerung der französisch-polnischen Beziehungen und meint, daß „die alten Freunde Polens in Frankreich trotz allem die Hoffnung hegen, daß die traditionelle polnisch-französische Freundschaft auch die gegenwärtige Belastungsprobe überstehen werde.“

## Der verspätete Reporter.

Kürzlich fand auf der Weichsel bei Bromberg die Regatta des Ruderverbandes Posen-Pommerellen statt, eine Veranstaltung der deutschen Rudervereine Westpolens. Zur Regatta waren aus dem Reich und aus Danzig zahlreiche Gäste erschienen. Neben der Tribüne waren die deutschen, die Danziger und die polnischen Flaggen gehißt. Die Bekanntgabe der Ergebnisse erfolgte in deutscher Sprache, die Reden wurden gleichfalls in deutscher Sprache gehalten. Die reichsdeutschen Mannschaften grüßten mit erhobenem Arm. Das Deutschland- und das Horst-Wessel-Lied wurden gesungen. Durch all diese selbstverständlichen Dinge wurde der „Dziennik Bydgoski“ in heftige Erregung versetzt. Er veröffentlichte einen Bericht, der von Übertreibungen und glatten Erfindungen strotzte. Eine Kritik dieser unverantwortlichen Berichterstattung durch die „Deutsche Rundschau“ wurde von dem polnischen Blatt mit neuen Angriffen und Verdächtigungen gegen das Deutschtum in Posen und Pommerellen quittiert. Dieser Antwortartikel des „Dziennik Bydgoski“ verdient festgehalten zu werden. Es heißt darin u. a.: „Unserer deutschen Minderheit in Polen hat sich der Kopf verdreht. Es scheint ihr, daß die polnisch-deutsche Verständigung, wenn auch nicht die Losreißung der Westgebiete, so doch zum mindesten die Entwicklung einer unbegrenzten Propaganda zur Rückgewinnung unter dem Motto „Brüderliche Einheit“ bezweckt. Die Sonntags-Rundgebung im deutschen Ruderklub „Fritzhof“ war ein unerhörter Skandal. Stellen wir uns vor, daß in Berlin irgendein Verein polnischer Bürger deutscher Reichszugehörigkeit „Noch ist Polen nicht verloren“ und die „Rota“ singen würden und dann Hochrufe auf Piłsudski ausbrächten. Lange würde eine solche Feier nicht dauern. Es würden sich sofort SA-Abteilungen einfinden, die alle Anwesenden ohne Pardon massakrieren (!) würden, und Sodann würden die Gerichte unerhört strenge Strafen wegen Staatsverrats aufbrummen (!).“ In diesem Ton geht es fort; und es heißt dann zum Schluß: „Schließlich müssen wir uns mit einem Appell an unsere Polizei und Militärgendarmerie wenden, daß sie den polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität das „Heil-Hitlerium“, das Tragen brauner Jacken, das Singen von Horst-Wessel-Liedern und das Erheben des rechten Armes abgewöhnt. Wir von uns aus werden stets auf diese Pfoten schlagen und fürchten auch nicht den Vorwurf der Provokation.“ — Der Mann scheint zu spät aufgestanden zu sein. Er weiß nichts davon, daß überall, wo polnische Sportler in Deutschland auftreten, auch die polnischen Farben erscheinen, daß täglich irgendwo in Deutschland bei polnischen Veranstaltungen polnische Lieder gesungen werden, daß die Mitglieder des Polenbundes in Deutschland ihr besonderes Abzeichen tragen, daß dieses Zeichen auch am Büro des Polenbundes in Berlin, Dorotheenstraße, angebracht ist, uß.

## Ein sonderbarer Presseprozeß.

Im vergangenen Jahre veröffentlichte der lettische Journalist Ludwik Upeniek, Mitarbeiter lettischer und litauischer Zeitungen, in dem in Gdingen erscheinenden „Dziennik Gdynski“, einige Feuilletons über Zoppot, dessen Spielklub, Waldoper Badeseiten usw. Man nahm in Gdingen die Artikel als das, was sie waren, amüsante Plaudereien eines Journalisten, der sich in Zoppot wohlfühlte. Als dann im Januar 1934 die „Zoppoter Zeitung“ auf diese Artikel Bezug nahm und darauf hinwies, wie auch das Ausland die Schönheiten in Zoppot einschätzt, da witterte die „Gazeta Morska“, das in Gdingen herauskommende Schweitzerblatt der „Gazeta Gdanska“, Konkurrenzlust und veröffentlichte einen geharnischten Artikel unter der Überschrift: „Die Knechte des Zoppoter Kasinos“, in dem nicht nur der „Dziennik Gdynski“ als Propagandamacher für Zoppot und das Deutschtum (!) hingestellt wurde und als Filiale des Zoppoter Kasinos, sondern sogar das Verhalten der Zeitung als staatsfeindliche Handlung (!) bezeichnet und die Befreiung dieses „lästigen Geschwürs an dem Stadtorganismus von Gdingen“ verlangt wurde. Auch der lettische Journalist, der gelegentliche Mitarbeiter des Gdingener Blattes, wurde beschimpft. Seine polnischen Sprachkenntnisse wurden bezweifelt, und er selbst als Agent des Zoppoter Spielkasinos bezeichnet. Die Affäre hatte jetzt im Juni ein Nachspiel vor dem Gericht in Gdingen. Der Schriftleiter des „Dziennik Gdynski“, Rielbratowski, hatte Strafantrag wegen Verleumdung gegen den verantwortlichen Schriftleiter der „Gazeta Morska“ gestellt, und jetzt wurde nach langen Vorverhandlungen das Urteil verkündet. Dem Schriftleiter der „Gazeta Morska“ wurde zugestanden, daß er „in Wahrheit berechtigter Interessen“ gehandelt habe, und er wurde freigesprochen, obgleich in der Gerichtsverhandlung der Beklagte zugab, daß er die Artikel, die er zur Grundlage seiner Angriffe machte, gar nicht gelesen hatte, sondern nur den Hinweis in der Zoppoter Zeitung. Verkehrswerbung für Zoppot ist in Polen demnach ein staatsgefährdendes Unternehmen!

## Ein Freispruch.

Im Oktober vorigen Jahres hatte eine Gruppe von Polen in Bromberg einen reichsdeutschen Frachtkahn, der die deutschen Flaggen gehißt hatte, mit Steinen beworfen und war dafür vom „Dziennik Bydgoski“ dieser „patriotischen Gesinnungsäußerung“ wegen gelobt worden. Die „Deutsche Rundschau“ hatte dieses unwürdige Schauspiel und die Einstellung des genannten polnischen Blattes hierzu besprochen und dabei festgestellt, daß dieser

Vorfall eher den polnischen Namen als die deutsche Flagge geschändet habe. Der verantwortliche Schriftleiter der „Rundschau“, Johannes Kruse, wurde daraufhin zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt — wegen „Verhöhnung des polnischen Volkes oder Staates“. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt; der Angeklagte machte geltend, daß er lediglich an der Stellungnahme des „Dziennik Bydgoski“ Kritik geübt habe, und daß es seine Absicht gewesen sei, das Ansehen des polnischen Staates vor ähnlichen tatsächlichen und journalistischen Entgleisungen zu schützen. Das Appellationsgericht, vor dem der Fall nun erneut verhandelt wurde, schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Angeklagten frei.

## Gehaltsenkung in der ostoberschleisischen Schwerindustrie.

Die ostoberschleisischen Arbeitgeber hatten vor einiger Zeit eine 15prozentige Senkung der Angestelltengehälter gefordert. Diese Forderung konnte gegen den starken Widerstand der Betroffenen nicht in voller Höhe durchgedrückt werden. Am 21. Juni fällt der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch: Die Gehälter sowie die sozialen Zulagen der in der Schwerindustrie beschäftigten Angestellten werden um 8 o. H. gesenkt. Die Senkung gilt nicht für Bezüge der Lehrlinge und für die sog. Uebergangsgehälter. Der Spruch tritt am 1. Juli in Kraft und hat Gültigkeit bis zum 31. Januar nächsten Jahres. — Von der Gehaltsenkung werden 6585 Angestellte betroffen, die gegenwärtig noch in der Schwerindustrie beschäftigt sind. Lehrlinge sind in der ostoberschleisischen Schwerindustrie z. Zt. nur 30 und junge Angestellte mit sog. Uebergangsgehältern nur 110 beschäftigt.

## Litauische Auswandererhoffnungen.

Das litauische Regierungsblatt „Dietuvos Aidas“ beschäftigte sich vor kurzem (am 24. Mai) einmal mit der Auswanderungsfrage. Es entwickelte dabei etwa folgende Gedankengänge: Litauen ist ein kleines Gebiet, seine Bevölkerung aber nimmt schnell zu, schon jetzt beträgt der Bevölkerungszuwachs 30 000 Menschen im Jahr. Wohin soll der Volksüberschuß, der im eigenen Lande kein Fortkommen mehr findet, abgelenkt werden? Amerika, Afrika und der Ferne Osten kommen als Wanderungsgebiete teils wegen ihres unzuträglichen Klimas, teils wegen ihrer Einwanderungsgesetzgebung nicht in Betracht. Dann heißt es weiter: „Die Angehörigen eines kleinen, aber intelligenten Volkes von hoher Kultur“ würden nur dort geeignete Arbeitsgelegenheit finden, wo wenig Intelligenz und ein Mangel an Spezialisten vorhanden wäre. Die westlichen Staaten kämen deswegen nicht in Frage, und man müßte „den Blick auf die riesigen Landflächen Rußlands richten, wo die litauischen Spezialisten, wenn der Bolschewismus abgeebbt sein werde, gute Arbeitsmöglichkeiten finden würden, zumal Kultur und Traditionen dieses Landes dem litauischen Volke nahestehen“. Darum empfiehlt der Verfasser für die Zukunft die Erlernung der russischen Sprache und deren Einführung als obligatorisches Fach in den Schulen. Litauen könne auf diese Weise einen Vorschprung vor anderen Einwanderern aus dem Westen gewinnen. „Andererseits“, heißt es dann, „wird man auch bei uns im freien Litauen immer der russischen Sprache begegnen. Wir können uns nur freuen, daß von dem freimachen, was uns durch Jahrhunderte mit den Russen verband, doch tatsächlich nicht. Denn das litauische Volk lebte doch auch zurzeit der Russenherrschaft in dem Lande seiner Väter und schuf sich seine Geschichte. Und die Spuren des Lebens unseres Volkes in jenen Zeiten wird man aus der Geschichte nicht tilgen können. Unsere Gerichte führen auch jetzt noch ihre Geschäfte nach russischem Gesetz und nach den Beschlüssen des Petersburger Senats. Die in russischer Sprache geschriebenen Akten bleiben für immer in den Archiven der Notariate, und ihnen müssen wir auf Schritt und Tritt begegnen. Deshalb machen wir einen unverzeihlichen Fehler, wenn wir die russische Sprache nicht lernen, den wir jetzt durch Einführung der russischen Sprache als Lehrfach in der Schule noch leicht wiedergutmachen können“.

## Die Synagogen sind nur für Kultzwecke da.

Die litauische Regierung hat eine Verfügung erlassen, durch die es den Juden untersagt wird, in den Synagogen und Bethäusern andere als religiöse Angelegenheiten zu besprechen. Diese Verfügung ist insofern von Bedeutung, als bisher in den Synagogen und Bethäusern auch politische Versammlungen abgehalten worden sind. Beispielsweise wurde hier auch Boykottpropaganda gegen deutsche Waren betrieben.

## Die Wenzelslausgrube.

Vor einem Jahre wurde die Wenzelslausgrube bei Neurode, die trotz der unvergleichlichen Opferbereitschaft der Arbeiterschaft von der alten Regierung stillgelegt worden war, wieder in Betrieb genommen. Die Arbeit wurde damals mit einer Belegschaft von 39 Mann begonnen. Bis zum 1. Juni 1934 hat sich die Belegschaft auf 660 Bergknappen erhöht. Die Rohlenförderung stieg von 1621 T. im September vorigen Jahres auf 12 078 T. im April und 11 995 T. im Mai dieses Jahres. Insgesamt sind seit der Wiederinbetriebnahme 75 898 T. gefördert worden. Der Absatz der geförderten Kohle ist bis zum Jahre 1940 gesichert.

# Tausend Jahre Zantoch.

Das kleine Dörfchen Zantoch am Zusammenfluß der Netze und Warthe hat im letzten Jahre eine fast europäische Berühmtheit erlangt. Auf Grund alter Urkunden kam die Vorgeschichtsforschung zu dem Schluß, daß dieses heute so friedliche Fleckchen Erde eine große Vergangenheit haben müsse, deren Zeugnisse wohl verwahrt im Boden liegen und der Wiedererweckung harren. Die Funde, die in den letzten beiden Jahren bei den Ausgrabungen an der „Zantocher Schanze“ gemacht wurden, gaben geradezu einen Abriss einer ungefähr tausendjährigen Geschichte und wurden in der klugen Ausbeutung durch den Leiter der Ausgrabungen Prof. Dr. Unverzagt zu einem lebendigen Bild des kulturellen und politischen Kampfes um die deutsche Ostmark. Inzwischen haben die großen bisherigen Erfolge die Vorgeschichtsforschung nicht ruhen lassen. Auf der anderen Seite der Warthe, gegenüber der alten Schanze liegt hochgetürmt der Schloßberg, wo unter einer schützenden Humusschicht die Ueberreste einer alten Pommernfeste liegen. Diese auszugraben ist der neue, großzügige Plan von Prof. Unverzagt; der erste Spatenstich wurde auch gleich getan. Bei der Gelegenheit erzählte der verdienstvolle Vorgeschichtsforscher die dramatische Geschichte dieses „märkischen Troja“:

Zu der Zeit, als Cäsar Gallien eroberte, saßen in Ostdeutschland germanische Völker, und zwar im Odergebiet die Semnonen und die Burgunden. Das berühmte, schon von Tacitus in der „Germania“ erwähnte Semnonenheiligtum hat Prof. Unverzagt vor einigen Jahren bei Lossow nördlich von Frankfurt a. O. ausgegraben. Zur Zeit der Völkerwanderung zogen die tüchtigsten und unternehmungslustigsten dieser Volksstämme ab, deren kulturelle Höhe uns durch zahlreiche Funde von Schmuck und Gebrauchsgegenständen wohl bekannt ist. Die Burgunden finden wir später am Rhein. In die entvölkerten Gebiete wanderten im 5. Jahrhundert allmählich slavische Völkerstämme ein, von denen die Obotriten bis nach Mecklenburg gelangten, die Sorben das Gebiet um den Spreewald besetzten, die Luitizen die Mark Brandenburg besiedelten, während sich die Pomoranen im heutigen Pommern bis herunter an die Warthe niederließen. In das Gebiet östlich davon zogen die Polauen.

Am Zusammenfluß der Netze und Warthe, auf einem von der Natur besonders gut geschützten Platz, legten die Pommern eine große Volksburg an, und zwar zu einer Zeit, als das Polenreich selbst noch nicht gegründet war. Die Spuren dieser alten Pommernburg konnten bei den Ausgrabungen an der Zantocher Schanze in zahlreichen Einzelheiten aufgefunden werden. Wenig später entstand das Polenreich. In einer alten Urkunde, die im Vatikan aufbewahrt wird, wurde der Gründer Dago genannt. Er war vermutlich ein Wikinger und das erklärt auch den Zug der Polen zum Meer. Dago kam wahrscheinlich von der Ostsee und wollte eine Verbindung zu

seiner ursprünglichen Operationsbasis herstellen, es gelang ihm auch, zeitweilig das Gebiet bis Stettin zu besetzen. Anscheinend ist es aber den Pomoranen gelungen, mit Unterstützung anderer Stämme, vielleicht der Luitizen und der dort noch oorbahrenden Germanenreste, die Polen wieder über die Warthe zurückzuwerfen, jedenfalls befand sich der Schloßberg von Zantoch im 11. Jahrhundert wieder in der Hand der Pommern.

Auf dem Schutt der niedergebrannten Volksburg auf dem anderen Ufer hatten inzwischen die Polen eine neue Befestigung errichtet. Hin und her wogte lange Zeit der Kampf, aber es gelang den Pommern nicht, wieder in der Schanze Fuß zu fassen. Um 1100 werden sie sogar aus ihrer Befestigung auf dem Schloßberg verjagt. Zantoch ist jetzt Residenz des Polenherzogs und Sitz des Heereskommandanten und kirchlicher Mittelpunkt. Die Andreaskirche, deren Trümmer nach der Meinung von Prof. Unverzagt noch im Boden der Zantocher Schanze zu finden sein müssen, wird sofort nach ihrer Gründung zur Propstei erhoben. Um 1260 treten die Brandenburger auf den Plan. Konrad II. ehelicht Konstanze, die Tochter des Polenherzogs. Die Hochzeit wird in Zantoch gefeiert, das zur Mitgift der polnischen Fürstentochter gehören sollte. Aber wie das manchmal so ist, machte nach der Hochzeit der Schwiegervater Schwierigkeiten, und die Brandenburger mußten sich ihre Mitgift mit Waffengewalt holen. Unerhörte Kämpfe finden in dieser Zeit statt und erst, nachdem der Deutsche Orden dieses Gebiet übernommen hat, bleibt Zantoch für immer in deutschem Besitz. Der Schutt von zwei deutschen Holzburgen in solider Sachwerkarbeit über den Trümmern von vier Polenburgen errichtet, schildert lebendiger als jedes Dokument die erbitterten Kämpfe, die hier jahrhundertlang tobten. Auch in der Ordenszeit entstanden und vergingen nacheinander noch drei Burgen, bis 1455 Friedrich II. von Hohenzollern die Neumark vom Deutschen Orden zurückkaufte. Damit war die eigentliche große Geschichte der Kämpfe um Zantoch beendet.

Im Dreißigjährigen Krieg haben dann die Schweden Zantoch belagert. Kanonenkugeln, wie auch ein abgeprungenes Geschützrohrmündstück aus jener Zeit wurden bei den ersten Ausgrabungen gefunden. Zum letztenmal war es während des Polenaufstandes im vorigen Jahrhundert, daß die Bewohner vor Zantoch in der Schanze Zuflucht suchten. Dann verfiel die alte Feste endgültig und Getreide wogte über den verfunkenen Trümmern einer großen Vergangenheit. Die „Schanze“ hat nun ihre Geheimnisse enthüllt, die Geschichte der Siedlung auf dem Schloßberg soll durch die Spaten der Ausgräber in den kommenden Monaten freigelegt werden.

Dr. P.

## Polen will die Pleßschen Unternehmungen enteignen.

Prinz von Pleß hat sich in einem halben Dutzend Telegrammen mit dringenden Beschwerden an den Völkerbund gewandt. Aber Senf meldet sich nicht. Es legt Wert darauf, seine Unfähigkeit und Bösartigkeit erneut unter Beweis zu stellen. Inzwischen sind der Wojewode Grazyński und die Rattowitzer Finanzbehörden nicht müßig. Sie verschlagen durch unerhört hohe Steuerforderungen den Pleßschen Besitz. Es kommt ihnen weniger darauf an, die 11 Mill. Zloty, die Prinz von Pleß angeblich schuldet, zu erhalten, als vielmehr darauf, den ganzen Besitz in die Hand zu bekommen. Vielleicht wäre es den Pleßschen Unternehmungen möglich, wenn man sie in Ruhe ließe und ihren Fortbetrieb sicherstellte, diese 11 Millionen-Schuld im Lauf der Zeit zu bezahlen. Aber gerade das wird durch das Vorgehen der polnischen Behörden verhindert. Zunächst wurde die Verwaltung jeglicher flüssiger Mittel beraubt: Alle Vorräte, Bankguthaben, Forderungen und dergleichen wurden beschlagnahmt; schätzungsweise 600 000 Zloty sind auf diese Weise in die Hand der Finanzbehörden gekommen. Weiter wurden sämtliche Kohlenhalden, die Grubenholzbestände und andere Materialien der Gruben und sonstigen Betriebe beschlagnahmt. Alle eingehenden Verkaufserlöse werden sofort von den Finanzbehörden eingezogen. Auf einer Reihe von Kohlengruben wurden bereits Versteigerungstermine für die Kohlenhalden angesetzt. Da in Ostoberschlesien Rohle im Überfluß da ist, müßten die Bestände, wenn sie überhaupt zu Geld gemacht werden sollen, zu Schleuderpreisen ausbezahlt werden. Auf die Versteigerung wurde schließlich verzichtet.

Die polnischen Finanzbehörden haben ihre Steuerforderung von 11 Mill. Zloty auf den gesamten Besitz des Prinzen von Pleß grundbuchlich eintragen lassen. Das ist der erste Schritt zur Beschlagnahme des gesamten Besitzes. Außerdem ist seitens der Steuerbehörden eine neue Forderung in Höhe von 4,1 Mill. Zloty vorgelegt worden. Diese Forderung soll eine Besitzsteuer auf den in Deutschland liegenden Besitz des Prinzen darstellen. Bisher konnte von einer Besteuerung dieses Besitzes in Polen keine Rede sein, da ein deutsch-polnisches Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen bestand. Dieses Abkommen ist vor kurzem abgelaufen, weil die Erneuerung nicht rechtzeitig bis zu dem Ablauftermin zustandekam. Da die Erneuerung jedoch vorgesehen ist, ist von deutscher

Seite von den aus dem Ablauf des Abkommens sich ergebenden Besteuerungsmöglichkeiten bisher kein Gebrauch gemacht worden. Die Rattowitzer Finanzbehörde hat aber die Gelegenheit sofort zu der erwähnten neuen Forderung benutzt und verlangt die Zahlung der angegebenen 4,1 Mill. Zloty innerhalb einer Frist von zehn Tagen. Damit erhöht sich die gesamte Steuerforderung auf mehr als 15 Millionen Zloty. Es liegt auf der Hand, daß kein wirtschaftliches Unternehmen derartige Beträge kurzfristig zahlen oder sich die Mittel dafür durch Kredite beschaffen kann. Man muß demnach zu der Überzeugung kommen, daß die Maßnahmen der Rattowitzer Finanzbehörde darauf hinauslaufen, den gesamten ostoberschlesischen Besitz des Prinzen von Pleß, der ungefähr 5000 meist deutsche Arbeiter und Angestellte mit ihren Familien ernährt, zu enteignen. Diese deutschen Arbeiter und Angestellten sind in ihrem wirtschaftlichen Dasein bedroht, wenn die Pleßschen Unternehmungen in polnischen Besitz übergehen.

Der Kampf gegen den Prinzen von Pleß ist nur ein Teil des allgemeinen Kampfes gegen das ausländische Kapital in Polen. Um Jyrardow ist es wieder still geworden; eine endgültige Einigung mit den französischen Aktionären ist dort zwar noch nicht erzielt, doch hält Polen mit neuen Zwangsmahnahmen gegen die französischen Besitzer zurück. Dagegen geht es überall dort mit verstärktem Druck vor, wo noch deutsches Kapital in der Industrie einen Einfluß besitzt und deutsche Menschen in ihr Beschäftigung finden. Als durchführende Organe dieser Entdeutschungsaktion erscheinen die Rattowitzer Finanzbehörden und der Wojewode Grazyński; aber die eigentlich treibende Kraft ist in Warschau zu suchen: der neue jüdische Handelsminister Jloyar-Rajchmann hat sich schon als früherer Vizeminister im Finanzministerium als Vertreter einer rücksichtslosen Nationalisierung der polnischen Industrie zu erkennen gegeben. Heute ist er in diesen Tragen der maßgebendste Mann. Über die Rattowitzer Bergwerks-A.-S. wurde die Geschäftsaufsicht verhängt; und jetzt wird die Verwaltung des Prinzen von Pleß zugrunde gerichtet.

## Besucht die bayerische Ostmark!



## „Die Schweizerkolonie“ in Ostpreußen.

Es gibt kaum einen Abschnitt in der Geschichte unserer engeren Heimat, der sich in der Allgemeinheit einer solch geringen Kenntnis „erfreut“, wie die Geschichte der „Schweizerkolonie“. Ostpreußen teilt sich darin mit der Schweiz, in der die Kenntnis dieses Geschichtsorganges ebenfalls öblich geschwunden ist. Wie ist dies möglich, da es sich um einen Abschnitt der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unserer Provinz handelt, der der Geschichte der Salzburgerkolonie zum mindesten gleichzustellen ist?

Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß zur Einrichtung der Salzburgerkolonie eine Unmenge Behördenarbeit geleistet werden mußte, ein Papierstrom wanderte jahrzehntelang hin und her. Die religiöse Verfolgung der Salzburger hatte nicht nur Ostpreußen, Deutschland, Österreich, sondern die ganze damalige mitempfindende Welt aufgerüttelt und für alle Zeiten wach erhalten. Anders war es mit der Kolonisation 20 Jahre vorher, die wir zusammenfassend die Zeit der Schweizerkolonie nennen können. Als der Große Kurfürst nach Brandenburg 20 000 Hugenotten brachte, von denen ja ein kleiner Teil auch nach Ostpreußen kam, war dies für seine Nachfolger das Merkmal, wie es gemacht werden muß, um durch neue Kräfte, durch neues Blut neue Werte zu schaffen. Nach dem Tataren-einfall nach der großen Pest war ein großer Teil Ostpreußens, besonders das Amt Insterburg, so schwer in Mitleidenschaft gezogen, daß im östlichen Teil allein 8411 Bauernhöfe leer standen, teils ausgeforbten, teils von den Besitzern als aussichtslos aufgegeben. Der König Friedrich I. erließ nun Auftrufe zur Besiedlung des verwüsteten Landes, die zunächst einen Zuzug aus dem benachbarten Litauen und Polen hervorrief. Dann erfolgte Zuzug aus Ostpreußen selbst.

Nach der Übernahme der Regierung durch Friedrich Wilhelm I. leitete dieser König eine noch umfangreichere Werbung für die Neusiedlung ein. Tausende von Zuzüglern kamen und fanden eine neue Heimat, Kolonisten aus der deutschen und französischen Schweiz, aus der Pfalz, der Mark Brandenburg, aus Nassau, aus Württemberg, aus dem Elsaß, — kurz, eine Völkerwanderung begann. Leute aus allen Berufen kamen, mit und ohne Geld, die zum großen Teil auf Kosten des Königs unterkamen.

Mit scharfem Blick erkannte der König sofort, daß es das zweckmäßigste wäre, diese Kolonie unter eine selbständige Verwal-

tung zu stellen, und so kam es unter Führung des „Kolonistenoaters“ Burggraf Alexander zu Dohna mit seinem getreuen Helfer Pacarriäre, einem Hugenotten aus Königsberg, zur Gründung der „Schweizerkolonie“ mit dem Sitz in Judtschen. Daß dieser Vereinigung nicht nur Schweizer angehören, ist darauf zurückzuführen, daß die ursprüngliche wirtschaftliche Bevorzugung der Schweizer von den andern Kolonisten nicht so ohne weiteres hingenommen wurde, und es bedurfte erst längerer Unterhandlung mit dem König und veröhnender Führung durch Alexander von Dohna, um die gänzlich verschiedenen Menschen unter einen Hut zu bringen. Innerlich verbunden waren die meisten sowieso durch das reformierte Glaubensbekenntnis, der äußere Zusammenhalt ergab sich von selbst durch den Zusammenschluß der gleichsprachigen Kolonisten. Eine ganze Zeitlang wurde in verschiedenen Dörfern nur Französisch gesprochen. Ein französischer Prediger wirkte in Judtschen, zwei in Gumbinnen und ein deutscher in Sadweitschen.

Neues Leben begann in dem oerwüsteten Land, und in der Folge wurden sechs Dörfer zu Städten erhoben. Das verwüstete Land bekam ein neues Gesicht. Wohlstand und Steuerkraft wuchsen. Die Fremdsprachigkeit verlor sich sehr schnell, die Durchmischung des Blutes ging so wirksam vor sich, daß heute nur noch wenige Spuren außer fremdartig anmutenden Namen vorhanden sind. Das bei vielen Ostpreußen noch vorhandene Unterbewußtsein, zu den Einwanderern zu zählen, spielt eine große Rolle im Familienleben und in der Namensführung. Vielfach werden fremdsprachige Familiennamen ins Deutsche übersetzt. So entstanden aus Munier Müller, aus Petit Klein, aus Montagne Berg, aus Chevalier Ritter, aus Cuillat Kilian, aus de Cerf Hirsch, aus Reuard Reinhard, aus Jos Voh. Die richtige Schreibweise ging bei vielen Namen bald verloren, das Unterbewußtsein hat sie wieder in veränderter Form hervorgezaubert, so z. B. Voiteux heute Voité, Peuchin heute Vouchain und dieser Name wieder Vuching. Destombes heute Dittombé, Harpen, erst umgeformt in Harpinger, dann wieder zurückgebildet in Harpain, Vangel heute Vangel, Cartier dit Maire heute du Maire und Dumaire, Portefaix heute Portofée, sogar Portofoe, Sougeon heute sogar Schefchonk, Schuschen Schuffena. — Bemerket sei noch, daß die Schweizerkolonisten, soweit sie französischsprachlich waren, nicht zu den Hugenotten zählen, sie kamen aus wirtschaftlichen, nicht aus religiösen Gründen. F r i t z S c h ü t z (in „Königsb. Allg. Ztg.“)

## Grenzmark im Leuchten.

Eine Wanderung durch deutsch gebliebenes Posener Land.

Nun sind die Felder grün von wehenden Halmen; nun feiert der Wald im Sonnenlicht. Überall Farben, Glück, Heimat. Großes weißes Gewölk am blauen Himmel.

Drüben, die dunklen Wälder, ist heute Polen, und doch vertrautes Land, mit Dörfern und Städten, Aekern und Wiesen, darinnen es grünt und leuchtet wie hier, darinnen Sprache und Lied deutscher Menschen erklingt.

Die Sonne und die Wolken kennen keine Grenze zwischen Staaten und Völkern. Aber die Seenkette hier bildet einen Grenzstrich, nur daß all die Wasserkäfer, die würdevollen Schnecken, Kraut und Schilf, Frösche, Reiher, Störche, hundert Vogelarten, tausend Blumen und Gräser nichts von Trennung wissen! Hier wie dort Freude, Überfreude, hier wie dort ein Stück Welt, ein Stück All, ein Stückchen vom Mantelsaum Gottes. Vielleicht noch mehr; vielleicht so, daß in all dieser Überfülle Gott sich selber erkennt, sich selber freut.

Die Jungbirken Spinnen ihren Märchentraum. Schwenkten sie nicht noch kürzlich erst mit unzähligen Rädchen ihre Hoffnungsfahnen? Und nun goldet die Sonne über ihrem Blättergewand. Goldenes Grün — grünes Gold — ja, hier gibt es das!

Das heilige Verchenjingen tönt im Himmelsraum. Wunderliche Käfer torkeln über den Landweg. Weiße, gelbe, bunte Schmetterlinge flattern wie berauscht.

Wir wandern durch das grenzmärkische Land, das soviel Not kannte und soviel Blut trank. Hier wurde auf deutschem Boden, als sonst die Waffen des großen Krieges schon ruhten, hart gekämpft, und die hölzernen Kreuze auf den Heldengräbern zeigen als Schlusjahr des Weltkrieges die Zahl 1919. Hier stehen wir, in Eirschiegel, an solcham Grab, in dem das Starblüthe vieler Helden ruht. Wir danken ihnen, daß sie mit ihrem Blut die deutsche Heimat schützten. Auch um ihre Gräber flammte das ewige Leuchten.

Nun wandern wir zu dem Schlagbaum und blicken hinüber. An der Außenwand eines Hauses zeigt ein langer weißer Strich, daß mitten durch dies Haus die Grenze geht, daß ein Teil auf deutschem, der andere auf polnischem Grunde steht. Wer mag es gewesen sein, der nahe an diesem weißen Strich ein Hakenkreuz gemalt hat, ein Bekenntnis zum neuen Deutschland?

Weiter geht unsere Wanderung, zu dem Städtchen Betsche mit seinen mächtigen Seen und dunklen Wäldern, zu dem als Umschlagsbahnhof für den deutschpolnischen Güterverkehr berühmt gewordenen Grenzort Neu-Bentschen — während das alte deutsche Bentschen, da drüben, jetzt zu Polen gehört.

In all den friedvollen Dörfern hier grüßen uns jahrhundertalte Holzkirchen, mit Urväterbildern, Schmuck und Kerzenleuchtern und alten Bibelbüchern auf dem Altar. Im Dorf Groß-Dammer tragen die Frauen noch die farbigen altdeutschen Trachten vergangener Zeitaläufe. Sie sprechen, vielleicht seit der Segenreformation, polnisch; aber die meisten Familien haben noch deutsche Namen, und die Menschen tragen den deutschen Gesichtsausdruck, den ihre Voreltern einst in heimatlichen deutschen Gauen getragen haben.

Nun sind wir in der Kreisstadt Meseritz. Da ragt, von hohen Laubbäumen umschlossen, ein erzenes Denkmal: der alte Kaiser Wilhelm. Er, von dem sie erzählten, er sei vorerst im Kyffhäuser der schlafende Rothart gewesen, und sei als Weißbart aufgestanden, die Raben zu verjagen und das Deutsche Reich zu einen. Vom roten Granitsockel grüßt er herab. Nicht immer stand dies Denkmal hier. In schwerer deutscher Notzeit ist es ein Flüchtling geworden gleich Hunderttausenden, die damals über die Grenze mußten. Aus Bromberg, der uralten deutschen Stadt, wurde 1919 das Kaiserstandbild hierher geflüchtet, so wie das Denkmal des Alten Fritz am Rüdow-Ufer in Schneidemühl neue Heimat fand. In erzener Würde blickt der Kaiser in den Sommer mit seinen Farben und seinem Licht, auf das deutsch gebliebene Land.

Hinter dem Denkmal ein Friedhof, mit Monumenten aus der Zeit des Barock und Empire — und dann wieder, neben verwitterten Steinen, ein Holzkreuz aus dem Grenzschutzkampf. Und noch ein Kreuz, und noch eines! Auf einem steht: „Ein unbekannter Soldat.“ —

Trauliche Siebelbauten auf dem Marktplatz, ein freundliches Rathaus in seiner Mitte, seitlich der ragende Turm einer von Schinkel gebauten Kirche, und dann jenes bürgerstolze Patrizierhaus, das „Napoleonshaus“, in dem einst der Rorse auf seinem Zug nach Rußland gewohnt hat. Fast wäre der Kaiser der Franzosen hier ums Leben gekommen: schon hatte ein freibeitliebender Bürger das Gewehr gegen ihn in Anschlag gelegt — da zitterte er — das Gewehr entfiel ihm — das Schicksal wollte nicht, daß Napoleon hier endete — es sollte sich in den Weiten Rußlands und dann bei Leipzig und Waterloo erfüllen.

Aus dem Städtchen ziehen wir hinaus, weiter in den grenzmärkischen Gau. Auf einer Landschwelle reckt sich der Bismarckturm. Von einem Braunkohlenbergwerk grüßen hochragende Schornsteine, die sich in riesigen Pinien am Horizont abzeichnen. Eine Mühle dreht ihre Flügel im Wind.

Von der Stadt her tönen die Glocken; der Abend ist gekommen. In ihm klingt das Lied der Hoffnung, des deutschen Glaubens, der ewigen Liebe.

Dr. Franz Lüdtké.

## Im Walddorf des Alten Fritz.

Abseits vom großen Verkehr, inmitten märkischer Wäldungen, liegt das Dorf des Alten Fritz. Jahrhunderte hindurch hat es seine charakteristische neumärkische Eigenart behalten.

Von Jantal geht es an der Janze aufwärts. Und was sich hier auf einsamem Wege, auf dem lippig das Gras wuchert, dem Auge bietet, ist ein malerisches Wechselspiel farbenprächtigster Waldlandschaften. Flach beufert, windet sich das Flüsschen durch den Wald. Schilfgräser stecken die Fahne aus dem Wasser und leuchten wie mattgoldenes Haar auf grünlichimmernder Fläche. Und dann wieder ist der Wasserspiegel tief dunkel und düster. Bald dehnt sich drüben ein Buchenhain aus, aus dem einige besonders alte Buchen heraustraten und mit mächtigem Ast- und Blätterwerk den Fluß überdachen. Gleich Felsgäubern umkleiden Moosbart, Lungen- und Astflechten die Stämme. Bald drängen sich hüben Tannen zu Schonungen und hohe Fichten zu dichtem, dunklem Busch zusammen. Und ein geheimnisvolles Rauschen löst schwermütige Stimmung aus. Der Untergrund ist mit einer dichten Decke aus Nadeln überzogen. Wo der Buchenwald steht, ist das Laub am Boden fehl. Nur Moose und Farnkraut schmücken die Decke grün. Längs der Janze aber wuchern, neben vielen anderen Pflanzen, Sauerklee, Feigwurz, Sumpfsportst und Wasser-Schierling.

Tiefe Stille ist in diesem Wald. Denn hier führt ein Weg, den die Sonntagsmenschen nicht gehen. Sie würden auch die Anpöcht stören, die hier der Wald hält. Ja, er ist schön, der Weg zum Walddorf vom Alten Fritz! Aber auch er nimmt ein Ende.

Aus einem Obstgarten lugt am Waldrande ein Ziegeldach heraus. Dort steht das Wiesenhaus. Ein schmaler Feldweg führt dicht vorbei. Die Geschichte weiß zu erzählen, daß drüben einst ein kurfürstliches Jagdschloß gestanden habe.

Janzhausen!

Ein Weg führt an Obstgärten vorbei in das kleine Dorf hinein. Mitten drin an der Straße steht die Kirche. Das ist ein wunderliches Ding. Der Beschauer wird um Jahrhunderte zurückversetzt. Das Haus ist weiß getüncht und von schwarzem Gebälk durchzogen. Die Fenster sind so klein und beginnen gleich über dem Erdboden. Wenn man die Hand ausstreckt, ist man am Dache. Und nun erst die Türen! Man denkt jeden Augenblick, daß sie sich aufstun und alte, wetterfeste Männer in dunklen Kitteln und gebeugte Frauen mit schwarzen Hauben heraustraten und hinterher eine Jugend, die Augen mit hoffnungsfrohen Blicken hat. Und dann der Schulmeister im langen Rock mit einer Schar Jungen und Mädels, alle barfuß. Die Kinder haben in der Kirche gesungen, viel mehr und viel länger als die Predigt war. Darum waren so viele Leute in dem Gotteshaus. Und der Schulmeister mit dem langen Rock, der aber schon so viel Flicker hat, daß er gar nicht mehr zu flicken geht, trägt eine Flöte, die ihm einst der Alte Fritz geschenkt hat. Darauf flötet er nun die schönsten Lieder, die in keinem Buche stehen, und die Kinder springen um ihn

herum und singen mit, so wie sie es vom Lehrer gelernt haben. Und nun geht es durch das ganze Dorf. Die Häuser kriegen freundliche Gesichter. Die Kinder stecken dem Schulmeister Eier und Apfel und Würst in die großen Taschen. Und wenn er nach Hause kommt, flückt er das Loch zu, das ihm die Jungen neu in den Rock gerissen haben. Und wochentags unterrichtet er sie im Wolle- und Garnspinnen.

Der Pastor verläßt als letzter seine kleine Dorfkirche, schließt sie mit einem großen Schlüssel ab und geht ins Pfarrhaus. Natürlich kann man sich das nicht anderswo denken, als neben dem Gotteshaus. Am Nachmittage geht er auf das Feld und schnauzt den Bauern an, der den Sonntag entheiligt. Dann schüttet er ihm eine Prise in die Hand. Und werktags spaltet er auf dem Hof selber sein Holz und lenkt den Pflug über den Acker. Oder er geht zu den Bauern und kauft ihnen ein Prämienspatent des Alten Fritz vor, darnach ausgezahlt werden denjenigen Untertanen, die von selbstgewonnenem Flachs das meiste Hauslein werden darzeigen und sich dazu werft am besten legitimieren können, jedem eine Prämie von 30 Reichsthalern und denjenigen, die in Jahresfrist die besten Aellen von Obstbäumen setzen, werden 50 Reichsthaler und denjenigen, die statt der Zäune die meisten Hecken werden angelegt haben, jedem eine Prämie von 20 Reichsthalern.

So und nicht anders denkt man sich die Leute, die vor Menschenaltern hier wohnten, Ackerbau, Viehzucht, Jagd und Fischerei betrieben. Und haben auch im Laufe der Zeiten die Geschlechter gewechselt, die Häuser sind die gleichen geblieben, wie sie einst der Alte Fritz hat anlegen lassen. Alle Hausmauern sind weiß getüncht und haben woge- und senkrechte pechschwarze Balken. So leuchten die alten preußischen Farben still und verträumt durch das Grün der Bäume an der Dorfstraße oder durch milden Wein und Efeu, der die Längsseiten umrankt. Die Fenster sind fast dem Erdboden gleich und winzig klein. Am Dorfausgang ist ein Haus, mit dem Giebel gegen einen Hang gebaut. Ohne Leiter kann man hier von der Straße gleich auf den Hausboden steigen. Staketzäune umschließen die Häuser. Aus kleinen Vorgärten grünen gelbe Sonnenblumen.

Das ganze Dorf atmet Einfachheit. Die ziegelrotgemauerte Schule paßt gar nicht in dieses Vorbild hinein. Was hätten wohl die Leute gesagt, wenn der Alte Fritz im Sebrock und Zylinder durch das Dorf gekommen wäre!

Drunter in der Senke liegt ein anderes Werk Friedrichs des Großen, das Hüttenwerk, dessen Pochhammer das Wasser der Janze bewegte. Jenseits der Brücke dehnt sich der langgestreckte kleine Mieren-Stubben-See, an den sich nach Nordosten der große Mieren-Stubben- und die Lübbe- und Klopp-Seen anschließen.

In dem Walddorf des Alten Fritz aber liegt ein alter Hegemeister begraben. Und das war mein Urgroßvater! Darum habe ich das Dorf so lieb.  
Paul Dahms.

## Ostpreußische Sonderheiten.

Ostpreußen ist wert, erwandert zu werden! Es hat Schätze aufzuweisen, die zum Teil nur einmalig in der Welt vorhanden sind.

Wer mit der Bahn nach Ostpreußen kommt, den grüßt in Marienburg das einstige Haupthaus des Deutschen Ritterordens, in das 1309 der Hochmeister Siegfried von Feuchtwangen von Benedig seinen Sitz verlegte. Die größte Burganlage des Kontinents.

Von Elbing aus kann man mit einem der flinken Motorschiffe auf dem Oberländischen Kanal die „Fahrt über die Berge“ antreten. Der 1845—1860 von Baurat Steenke erbaute, 176 Kilometer lange Oberländische Kanal setzt die große Binnenwasserstraße von der Elbe über die Oder zur Weichsel nach Ostpreußen fort. Über die fünf geneigten Ebenen bei Reukusfeld, Hirschfeld, Schönfeld, Rantzen und Buchwalde werden die Kanalschiffe auf rollendem Eisenswagen im Trockenen in die nächste höher oder niedriger liegende Kanalhaltung gezogen und damit Wasserspiegelunterschiede überwunden, die zwischen 13 und 24 Meter schwanken. Der Oberländische Kanal ist die einzige Wiederholung des amerikanischen Morriskanals.

Zwar ist Ostpreußen arm an mineralischen Bodenschätzen. Aber es birgt im Samland einen Schatz, der eben nur in Ostpreußen vorkommt. Das ist der Bernstein. Wohl ist hier und da in Europa einmal ein Stück Bernstein gefunden worden; bergmännisch wird er aber nur in der blauen Erde bei Palmnicken gewonnen. Von dort kommt das aus dem Harz untergegangener Nadelwälder entstandene „Gold des Norden“, das schon in der vorchristlichen Zeit begehrt war und manchmal mit Gold aufgewogen wurde.

Die Kurische Nehrung ist die eigenartigste Gegend Deutschlands. Wilhelm von Humboldt hat vor 125 Jahren von ihr gesagt, sie ist „so merkwürdig, daß man sie ebensogut wie Italien und Spanien gesehen haben muß, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll“. Die Kurische Nehrung ist ein Stück Wüste mit Dünen, die jährlich etwas sechs Meter nach Osten wandern und schließlich im Kurischen Haff versinken. Ihre Sandmassen haben Wälder und Dörfer begraben und nach Jahrhunderten wieder bloßgelegt. Auf der Kurischen Nehrung liegt das Dörfchen Rossitten mit seiner weltberühmten Vogelwarte.

Wer Rossitten besucht, hat gewöhnlich Gelegenheit, einen Elch zu sehen. Einst war er in ganz Deutschland verbreitet. Jetzt trifft man ihn nur noch zu beiden Seiten des Kurischen Haffs, nämlich in den feuchten Nehrungswäldern nördlich von Rossitten und in der Gegend von Ibenhorst und Camelningken. In diesen Schutzgebieten wird er sorgfältig gehegt. Nach den Feststellungen der Forstverwaltung gibt es noch etwa 700 Elche, die als „Fürsten der nördlichen Wälder“ angesprochen werden.

Ostpreußen hat in Erakehnen das größte preußische Gestüt. König Friedrich Wilhelm I. gründete es 1732, indem er sämtliche von seinen Vorfahren überkommenen Stutereien in diesem königlichen Stutamt vereinigte. Es umfaßt jetzt über 4000 Hektar. Seine Weiden und Acker liegen zwischen herrlichen Eichen-, Linden-, Birken- und Weidenbaumreihen. Das Ganze ist ein einzigartiges Landschaftsbild von unergleichlicher Schönheit.

Masuren bietet den größten Landsee und die größte preußische Forst. Der Spirdingsee mit 18 Kilometer Länge und 12 Kilometer Breite überragt alle anderen deutschen Landseen; im Mauer- und Löwentinsee hat er recht ansehnliche Brüder. Seenreich ist auch die Johannsburg Heide. Ihre Länge mißt 100 Kilometer, ihre Breite 45 Kilometer, ihr Flächeninhalt ist nahezu 100 000 Hektar.

Der größte ostpreußische Baum ist die 25 Meter hohe Cadiner Eiche. Am Boden gemessen, beträgt ihr Umfang 12,40 Meter und in ein Meter Höhe noch 8,75 Meter. Im Innern des hohlen Stammes haben elf Soldaten mit vollem Gepäck Platz.

Den größten Marktplatz in ganz Deutschland besitzt Creuaburg. Der fast quadratische Markt mißt nicht weniger als 6 Hektar. In seinem oberen Drittel liegt der mit schönen großen Bäumen bestandene Kirchberg, auf dem das Rathaus und die eoangelische Kirche stehen.

**||||| Besucht den deutschen Osten!**

## Buchbesprechungen.

**Die Weichsel.** Weichselland — Deutsches Schicksalsland. Zusammengestellt von Ernst W e d i n g. Mit 19 Bildern und einer Karten-Skizze. Verlags-Buchhandlung Dietrich Reimer/Ernst Vohsen, Berlin 1934. 111 Seiten. Dieser in der Reihe der „Deutschen Strombücher“ erschienene Band gibt Bilder und Skizzen von der Weichsel von Chorn bis zur Mündung. Der Strom und sein Leben, die Städte und ihre Geschichte, das Land und seine Menschen werden geschildert. Fast durchweg sind passende Kapitel aus alten Büchern ausgewählt, von Koldke und Franz Lüdtke, Fritz Braun und Passarge, Hermann Vöns und Fritz Renter, Helmut von Moltke und Gustav Freytag, Heinrich von Treitschke und Paulsen, Ernst Weding, Brandstätter u. a. m. Ein heimatliches Lesebuch von der Weichsel. Dr. R.

**Im Ostseeraum.** Herausgeber Werner Rades. Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt U.-G., Berlin. Dieses durch ein Geleitwort von Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt eingeleitete Werkbeft will der wirtschaftlichen und kulturellen Verbundenheit der Ostseevölker dienen. Die Gesandten von Schweden, Norwegen und Dänemark, Finnland, Estland und Lettland haben für das Heft Beiträge zur Verfügung gestellt. Eine ganze Reihe von Wirtschafts- und Verkehrsarten des Observatoriums und zahlreiche Bilder aus den diesem Raume angehörenden Ländern, mit kurzen Texten versehen, stellen den Inhalt des Heftes dar.

**Aus Deutschlands Werden.** Gustav Schloefmanns Verlagsbuchhandlung Leipzig. In dieser Schriftenreihe sind eine Anzahl neuer Hefte erschienen. Der schlesische Dichter Hans Christoph Raergel spricht in Heft 17 „Die Ostmark“ über die Lage im Osten und ihre Menschen. Dr. Misch Orend gibt in Heft 18 „Die Siebenbürger Sachsen“ einen kurzen Abriss der Geschichte dieses alten und hochentwickelten Vorpstons des deutschen Volkstums im Südosten. Dr. Alfred Funke beschreiben in Heft 19/20 „Der Ruhrkampf“ den Einbruch Frankreichs in das industrielle Zentrum Deutschlands und den Kampf seiner von den damals Regierenden schwächlich im Stich gelassenen Bewohner. Über „Deutsche Kämpfe in Nordamerika“ (Heft 23/24) schreibt Prof. Dr. Emil Rode; er zeigt, welchen gewaltigen Anteil das deutsche Volk am Aufbau des amerikanischen Lebens genommen hat. Preis pro Heft 0,25 RM., Doppelheft 0,45 RM.

**Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei.** Von Dr. Joseph Goebbels. Zentralverlag der NSDAP. (Franz Eher Nachf.), München. — Dies dem Führer gewidmete Tagebuch, das Dr. Goebbels vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933 geführt hat, ist eines der dramatischsten Bücher der deutschen Revolution. In kurzen Sätzen umreißt der Berliner Gauleiter die Ereignisse und Schicksale jedes Tages, die gläubige Hoffnung, die bittere Enttäuschung, der opfervolle Kampf dieser entscheidungsschweren Zeit. Klar hebt sich aus diesen knappen Blättern das Bild Dr. Goebbels — strahlend klar aber auch das des Führers heraus. Man folgt atemlos diesem Auf und Ab — bis zur Machtergreifung am 30. Januar und bis zum Tag der Arbeit am 1. Mai 1933. „Die lange Nacht ist zu Ende, die Sonne ist wieder aufgegangen über Deutschland!“ Dr. Lüdtke.

**Dürres Vaterländische Bucherei.** Verlag Dürsche Buchhandlung, Leipzig. — 20 Pf. Dürres Vaterländische Bucherei bereichert die Jugendliteratur außerordentlich. Sie hat das Ziel, die Liebe der Jugend zu Heimat und Vaterland, Volk, Gott zu vertiefen. Vor uns liegen vier Hefte: „Hindenburg, der Vater des Vaterlandes“ von Dr. Martin Eckhardt. Kurz und knapp ist der Lebensgang des Reichspräsidenten zusammengefaßt; vom Radetten bis zum Schirmherrn des Reiches. Mit Interesse folgen wir seinen Kämpfen in den Kriegen 1866 und 70, mit Stolz seinen gewaltigen Leistungen im Weltkrieg. Das lebendig geschriebene Lebensbild schließt ab mit dem Tag von Potsdam, mit den Worten, die Adolf Hitler in der Garnisonkirche an den Reichspräsidenten richtet. „Schlageter“ von Karl Jaum. Schlageter — der erste Soldat des Dritten Reiches. Als Schüler zieht er freiwillig in den Krieg. An der Westfront kämpft er bis 1918. Pflicht und Liebe zu Deutschland treiben ihn in die Baltikumfront, in den Selbstschutz der Oberschlesier. Und weiter an Rhein und Ruhr zum heimlichen Widerstand gegen die eindringenden Franzosen. Die Franzosen haben ihn in der Goltzheimer Heide erschossen. — „Horst Wessel“, von Will Kelter. Von Deutschen ist Horst Wessel gemordet worden. Er hat als Soldat Adolf Hitlers den aufopfernden Kampf gegen das rote Berlin geführt. Ein gefährteter Segner — seinen SA-Männern der beste Führer und Kamerad. — „Germanische Vorgesichte“ von Wilhelm Gum. Vielfach ist die merkwürdige Meinung verbreitet, unsere Vorfahren seien kulturlos gewesen; Römer und andere Völker hätten ihnen erst Kultur gebracht. Diese kleine Schrift streift die wichtigsten Abschnitte der germanischen Vorgeschichte: Gräber- und Leichenfunde, Germanische Götter- und Rechtslehre; Kampfweise, Wohnung und Beschäftigung der Germanen. Sie gibt uns in anschaulichster Weise ein Bild aus früherer Zeit; von der eigenen Kultur unserer Vorfahren. Zu weiterer Vertiefung wird sie anregen. M. Heyne.

**Die Münchener Laienspiele.** Verlag Chr. Kaiser, München. Die zweite neubearbeitete Ausgabe des „Münchener Laienspielers“ liegt vor. (Preis 2,80 RM.) Im Vorwort äußert sich der Herausgeber Rudolf Mirbt treffend über Entstehung und Zweck des Laienspiels. Im Sinne unserer deutschen Volkwerdung hat

es eine nicht geringe Aufgabe zu erfüllen. Der sehr sorgfältig zusammengestellte Band enthält über hundert Laienspiele — heidnische und religiöse, ernste und heitere — mit Inhaltsangabe, Spielanweisung und Zeitdauer; dazu eine Reihe guter Sprechertexte. Ein unentbehrlicher Berater für alle Laienspieler, der sich von den sonstigen Laienspielunternehmungen dadurch unterscheidet, daß er nur hochwertige Stücke volksoverbundener Dichter gesammelt hat.

Einige ausgezeichnete Spiele sind uns zugegangen:

Wilhelm Schöttler: „Der Nibelunge Not“ (80 Pf.). Eine Verbindung von Nibelungenlied und Edda. Schauplatz des Stückes: Die Halle Gunthers und der Hof Etzels, wo sich das Schicksal der Nibelungen erfüllt. Eine Dichtung von Wucht und Kraft. Auffallend die gehämmerte Sprache, die Bedeutung jedes einzelnen Wortes.

Hanns Johst: „Die Propheten“ (90 Pf.), für das Laienspiel bearbeitet von Rudolf Mirbt. Luther steht vor uns. Nicht der historische, sondern der junge, noch ringende — im Kampf um Christentum und Volkstum, in der Entscheidung: Deutschland oder Rom. Der wohlthuende Gegensatz zu den bisherigen Lutherstücken. Allerdings stellt es an die Spieler große Anforderungen.

Bernt von Heijeler: „Der Gasthof von Preußen“ (1,20 RM.). Ein Spiel aus der Anfangszeit der Freiheitskriege. Rein ausloberndes Hurrastück, sondern eine Auseinandersetzung mit dem gleichwertigen Segner.

Otto Bruder: „Grenzmark“ (1 RM.). Ein Spiel von Freiheit und Treue. Höchstes Ziel: die Treue zum Vaterland. Inhalt und Sprache hochwertig.

Ein mythisches Spiel nennt der gleiche Verfasser sein Stück „Das Erbe“ (1,40 RM.). Der Mythos der Erde. Eine reife symbolische Dichtung. Eine Lehre für alle: Solange der Bruder den Bruder bekämpft, solange die Ehrfurcht vor der Heimat, vor der Erde fehlt, solange der Mensch nicht dienen kann, wer er auch sei, solange kann kein Volk werden. Die Erde ist allen gegeben, sie lebt durch den Bund der Menschen oder vergeht durch ihre Feindschaft. — Das schwerste von allen vorliegenden Spielen.

Werner Altendorf: „Kruz, Teufel und Tod“ (50 Pf.). Ein Spiel von Freiheit und Gesetz. Der Gebietsführer der schlesischen Hitlerjugend stellt den Kampf des deutschen Menschen in den Mittelpunkt seines Stückes. Des deutschen Menschen, der das Schwert seines Volkes schmiedet, trotz Teufel und Tod, trotz der Dämonen Trägheit, Gold, Vaster. Er überwindet sie alle.

Vom gleichen Verfasser: „Hitlerjugens im Kampf“ (50 Pf.). Ein Bekenntnisstück aus der Entstehungszeit der Hitlerjugend, als es unseren Jungens in der Schule schwer gemacht wurde, sich zum Führer zu bekennen, als es ihnen verboten war, der Organisation anzugehören.

Auch zwei Weihnachtstücke sind dabei: Liselotte Lindenberg: „Deutsche Weihnacht“ (90 Pf.). Das Spiel ist ein Gottesdienst, also in der Kirche aufzuführen. Gemeinde, Kirchenchor, Einzeldarsteller wechseln ab. Alte Weihnachtslieder, die Weihnachtsgeschichte sind geschickt eingestreut. So entsteht eine echt deutsche Feststunde. In solcher Art liegt die Möglichkeit, unseren starren gewordenen Gottesdienst zu beleben.

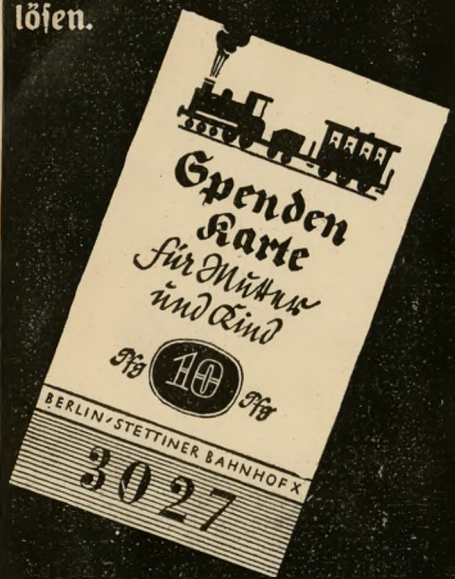
„Ein Weihnachtsspiel aus dem bayerischen Wald“ (1,40 RM.), erneuert von Wilhelm Dörfler und Hans Weinberg. Überkommenes Volksgut. Seine volkshafte Ursprünglichkeit, seine Schlichtheit und — man kann sagen — seine Rindlichkeit machen es zu einem echten Krippenspiel. Dem Norddeutschen ist von der Ausführung allerdings abzuraten, da das Stück größtenteils in bayerischem Dialekt geschrieben ist und bei einer Übersetzung die Wirkung verloren ginge. M. Heyne.

**Sprechhöre.** Was es heute im allgemeinen an Sprechhören gibt, kann kaum Anspruch auf eine Auseinandersetzung erheben, wie dies bei künstlerischen Leistungen sonst fastlich geschieht. Es ist eine weitverbreitete Unsitte, Dichtungen zu Sprechhören umzubiegen, die der Dichter niemals dazu bestimmt hat. Man übergeht die Gesetze der Sprache und nimmt der Dichtung auf diese Weise ihre Musik, ihre Dynamik, ihr Tempo. Sinn des Chors kann nur der Ausdruck des Gemeinschaftslebnisses sein, wo ein Gedanke, ein Gefühl alle bewegt. Der Massenspruch in blockartigen, wuchtiger Gestaltung. Wir haben einige gute, vom Dichter gewollte Chordichtungen.

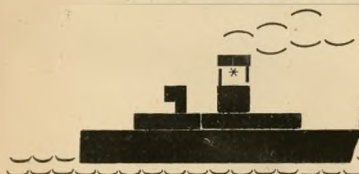
Auch der Verlag Eduard Bloch, Berlin, hat kürzlich eine Sprechreihe herausgebracht. Einige Soldaten- und Arbeiter-sprechhöre sind sehr zu empfehlen. So z. B. Walter Janzens „Sonnenwend-sprechchor“, der den Toten des Weltkrieges gewidmet ist. Der Heldentod des Weltkriegsoldaten verpflichtet den Kämpfer des Dritten Reiches, den Soldaten der Arbeit. Das kommt in dem Arbeitsdienst-sprechchor „Wir sind der Arbeit junge Soldaten“ gut zum Ausdruck. Schade nur, daß der Schluß abfällt und keine letzte Zusammenstellung bringt. Der Soldatensprechchor „Vangemark“, eine Etenfeier für die Vangemark-Gefallenen, ist ebenfalls zu bejahren, während „Die Legende von Vangemark“ völlig abzulehnen ist. Schon die erste Anmerkung „erzählend“ weist auf den Inhalt. Ein erzählendes nachträgliches Ausmalen der Schlacht ist chorisch unmöglich. Zwei weitere Chöre von Hans Mühle: „Uns Werk“, ein echter

Arbeiter-Sprechchor in starkem Rhythmus, propagandistisch gut verwendbar. Müßten aber Worte wie „stempeln“ und „umtrampeln“ in diesem Zusammenhang stehen? Ein Massenpruch ist der Arbeiter-Sprechchor „Vater unser der Arbeit“. Nicht zu bejahren ist die enge Anlehnung an das Vater unser.  
Marga Heyne.

Bei jeder Reise  
mußt Du eine Spendenkarte  
für „Mutter und Kind“ am  
Fahrtkartenschalter  
lösen.



Jeder Groschen hilft!



Deine Ferien nur  
in der deutschen  
Ostmark!

**Sehr billig!!!**

Verkaufe sofort wegen Todesfalls und Krankheit meine Berliner Melkerei mit Wohnung und Milchgeschäft mit angrenzender schöner Wohnung. Besondere Konzeptionen gesichert d. Kreisärztl. Attest. Zuschr. unter 3132 an das Ostland erbeten.

**Gesucht**

strebjamer, solider Landwirt (Posener), der mit Besitzer 70 Morg. gr. Wirtschaft gegen Familienanschluß und ortsüblichen Lohn bearbeitet. Gelegenheit zum Siedeln geboten. Angebote unter 3127 an das „Ostland“ erbeten.

**Familiennachrichten.**

**Geburtstage:** Frau Adolf Gneiser, Witwe des verstorbenen Eisenbahn-Sekretärs i. R. Adolf Gneiser, fr. Posen, jetzt Wiesbaden-Nambach, am 26. 6. 70 Jahre.

**Diamantene Hochzeit:** Nendant Georg Reubelt (87 J.) und Frau Marie (82 J.) in Eisleben am 7. 7.

**Verstorben:** Richard Liebold in Halle, fr. Koblyn (fr. Krottschin), 60 J.; verw. Frau Amanda Scheffler in Neusalz a. d. O., fr. Bentzen, 62 J.; Frau verw. Rechnungsrat Marie Kretschmer, geb. Krumbhaar, Berlin-Viktoriale-Platz, Mariannenstr. 28, fr. Posen, Halldorfstr. 29, am 13. 6., 85 J.

**Ostmärker! Provisionsfrei! Glänzende Existenzen!**

**Anzahlung RM.**

- Hotel- u. Restaur.-Grdst. m. Café-Betrieb i. bek. Ostseebad. Glänz. Existenz! ..... 50—60 000
- Villa i. Berliner Vorort. Als Ein- od. Zweifam.-Haus geeignet ..... n. Vereinh.
- Villa i. bek. sächs. Stadt a. d. Bahnlinie Dresden—Riesa—Leipzig. Idealer Ruhesitz ..... 25 000
- Landhaus-Villa i. Beelitz-Stadt ..... 12 500
- Mühlengrundstück, 1—1,5 Co. Tagesleistg., m. Gastwirtschaft, i. Bez. Frankfurt (Oder) ..... 20 000
- Fabrikgrdst. i. Creptom (Colleme). Geeignet f. industrielle u. volkswirtsch. Unternehmungen all. Art! Geschäft- u. Wohnhaus i. Württemberg. Glänz. Gelegenheit zur Existenzgründung! ..... n. Vereinh.
- Landhausvilla m. Garten u. Wiese i. Schles., Nähe Sagan. Heroorrag. geeignet außer als Ruhesitz zur Einrichtung als Sommerfrischen-Pension, sowie f. Arzt m. Klinik usw. .... 6 000
- Raffeehaus-Grundstück i. lebh. Industriestadt d. Südbarzes. Glänz. Existenz! ..... 22 000
- Villa i. Dresden. Sehr preisgünstig. Objekt! ..... 18 000
- Grdst. b. Luckenwalde. Vorzügl. geeignet als Erholungs- od. Ferienheim! ..... n. Vereinh.
- Wohnhaus a. Bodensee. Sehr preisgünstig. Objekt! Landhaus-Grdst. i. Bad Sachsa (Südbarz) ..... 15 000
- Fabrikgebäude i. Offenbach a. M. Früher Sägewerk, Hobelwerk u. Schreinerei. Auch für jede andere Art Fabrikation geeig. Außerordentl. preisgünstig! Wohn- u. Geschäftshaus (Fleischerei) i. einem weßl. Vorort Leipzigs ..... 30 000
- Mühlengrdst. a. d. Bahnlinie Erfurt—Nordhausen. Wohn- u. Geschäftsgrdst. i. d. Hauptstadt Mecklbg. Landhaus-Villa (Ein- od. Zweifam.-Haus) i. lebhaft. Ostseebadeort. Hervorragend geeig. als Pensionshaus. Selt. preisgünst. Gelegenheit inf. Todesfalls! Einfam.-Villa i. Pöwenberg (Schles.). Sehr preisgünst. Objekt! 5 Zimmer, Diele, Küche, Kabinett. Im Kellergeschoß sehr gr. Kellerräume f. Heizmaterial, Geräte u. Lebensmittel sowie Heizkeller f. d. Zentralheizung u. ein Diensthoten-W. C. .. 10 000
- Landhs.-Villa i. Karlshorst. Selt. preisgünst. Objekt! Holzwaren-Spezialfabrik i. Sachsen, nahe Chemnitz. Günstig. Gelegenheit z. Existenzgründung ..... 50 000
- Villa i. sächs. Kleinstadt i. d. Nähe d. Messfeststadt Leipzig ..... n. Vereinh.
- Wohnhaus i. belebt. Stadtgegend v. Dresden. Sehr günstige Kapitalsanlage! ..... 15—20 000
- Gut rent. Kinderheim i. weltbekanntem Ostseebadeort a. d. Insel Rügen ..... Preis: 60—65 000
- Holzwaren-Fabrik i. Oberbayern. Glänz. Gelegenheit zur Existenzgründung! ..... 50 000
- Wohn- u. Geschäftshaus i. bedeut. Kleinstadt Mecklenburgs ..... 10 000
- Pensions-Villa i. bek. Ostseebadeort (Insel Rügen). 18 Zimm., viel Nebengelass. Nebengeb. (zweistöck.) Grdst. (6-Fam.-Wohnhaus) m. gewerbl. Räumen i. Mecklenburg, Nähe Rarow. Eisenbahnknotenpunkt nach 5 Richtungen. Vorzügl. Kapitalanlage! Sehr gute Verzinsung! ..... 25 000
- Wohn- u. Geschäftshaus i. lebhaft. Stadt d. Freistaates Sachsen ..... 35 000
- Fabrikgrdst. (früher Stuhlfabrik) mit Villa i. der Prov. Hannover ..... n. Vereinh.
- Kur-, Heil- u. Badeanstalt sowie Massage- u. heilgymnast. Institut i. groß. Ortschaft b. Magdeburg Verkäuf. od. zu verpacht. Gesellschaftshaus i. Potsdam (Festhaus, gedeckte Halle, offene Terrasse) .. n. Vereinh.

Bildprospekte kostenlos durch:

**Koch & Co., Berlin W 35, Dörnbergstr. 1, Tel.: B 2 Lützow 5933**

**Aufbaukredit**

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

Berlin W. 30, Mohstraße 46. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

**Verwertung von 6% Reichsschuldbuchforderungen durch Verkauf und Beleihung**  
**Vermittlung von Versicherungen j. Art**  
**Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten**  
**Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte**